"Der Kommunismus lässt sich nicht verbieten" - Rede des Genossen Gernot Schubert auf der Veranstaltung der KPD/ML am 8. 10. 1977

Seite 9

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 41 vom 14. Oktober 1977 | 11. Jahrgang | 50 Pfennig

Weg mit dem Verbotsantrag !

20 000 auf der Demonstration in Bonn

Die Großkundgebung gegen den Verbotsantrag der CDU am vergangenen Samstag in Bonn wurde zu einem großen Erfolg. Rund 20.000 Menschen aus allen Teilen der Bundesrepublik waren gekommen, um ihre Empörung über diesen Vorstoß der Reaktion und ihre Kampfentschlossenheit zu demonstrieren. In drei kilometerlangen Zügen waren die Teilnehmer der Kundgebung zum Bonner Rathausplatz marschiert, der die große Zahl von Menschen kaum fassen konnte.

Immer wieder ertönten auf dem Marsch zum Rathausplatz die Parole: „Weg mit dem Verbotsantrag gegen KBW, KPD und KPD/ML" und andere von der Aktionseinheit gemeinsam beschlossene Parolen.

Immer wieder ertönten auch die Parolen unserer Partei: „Das Kapital will unser Verbot, wir kämpfen weiter, Deutschland wird rot!", „Kapitalismus führt zum Faschismus, Kapitalismus muß weg!", „Nur der Griff der Massen zum Gewehr schafft den Sozialismus her!", „Nieder mit der DKP, Verräter der kommunistischen Idee!" und „Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!"

Unter einem Meer von roten Fahnen, unter denen die Fahnen unserer Partei mit Hammer, Sichel und Gewehr hervorstachen, wurde schließlich die Kundgebung eröffnet. Der Genosse unserer Partei bekräftigte in seiner Rede an die Kundgebungsteilnehmer die Notwendigkeit, den Kampf gegen den Verbotsantrag und die Faschisierung des Bonner Staates entschieden zu führen und möglichst viele Menschen in diesen Kampf einzubeziehen.

Er erklärte, daß es der Bourgeoisie auch durch ein Verbot niemals gelingen wird, unsere Partei zu zerschlagen und vom Kampf für die grundlegenden Interessen der Arbeiterklasse, für die gewaltsame proletarische Revolution abzubringen, die den Untergang der herrschenden Ausbeuterklasse besiegen wird.

Die Kundgebung schloß mit der Verabschiedung einer gemeinsamen Resolution und dem machtvollen Gesang der Internationale.

Spät am Abend wurde dann in Düsseldorf die Veranstaltung unserer Partei eröffnet. Obwohl es inzwischen bereits fast 21.30 Uhr geworden war, hatten sich noch rund 2.000 Freunde und Genossen in einer begeisternden revolutionären Atmosphäre in der Philippshalle versammelt. Höhepunkt der Kampfveranstaltung gegen den Verbotsantrag war die Rede des Genossen Gernot Schubert, die wir auf den Seiten 10 und 11 abdrucken. Immer wieder wurde der Genosse von Beifall und der Parole: „Vorwärts mit der KPD/ML!" unterbrochen. Groß war auch die Begeisterung, als die Solidaritätsadressen der marxistisch-leninistischen Bruderparteien und anderer revolutionärer Organisationen, in denen sie sich mit dem Kampf unserer Partei gegen die Verbotsanträge solidarisieren, bekanntgegeben wurden. Auch die Rote Garde, die Jugendorganisation unserer Partei und die Rote Hilfe Deutschlands hatten Solidaritätsadressen an die Veranstaltung gesandt.

7.784,92 DM wurden für den Kampf unserer Partei auf der Veranstaltung gesammelt.

Mit dem Gesang der Internationale und der Parole: „Vorwärts mit der KPD/ML!" wurde dann die Veranstaltung beendet.



20.000 Demonstranten forderten auf dem Rathausplatz in Bonn: „Weg mit den Verbotsanträgen!"

KSZE - Folgetreffen in Belgrad

Fortsetzung der Unsicherheitskonferenz

Am 4. Oktober wurde die KSZE-Folgekonferenz in Belgrad eröffnet, die eine Fortsetzung der 1975 in Helsinki inszenierten Farce ist. Unter dem Diktat der beiden Supermächte haben sich hier 33 europäische Staaten und Kanada am Konferenztisch versammelt, um über die praktischen Ergebnisse des Vertrags von Helsinki und die heutige Situation bezüglich der „Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" zu debattieren. Nur ein europäisches Land, die SVR Albanien, weigert sich,genauso wie in Helsinki, bei dieser Komödie mitzuspielen.

Immer ohrenbetäubender wird der Lärm um „Frieden" und „Entspannung". Das allerneueste ist der Vorschlag von Carter, das Atomarsenal der Supermächte um die Hälfte abzubauen. Daß auch dies, wie alles andere bisher, in Wirklichkeit nur leeres Geschwätz ist, um die Wachsamkeit der Völker gegenüber den beiden Hauptkriegstreibern einzuschläfern, zeigt die Entwicklung seit Helsinki.

Selbst bürgerliche und revisionistische Politiker, wie der jugoslawische Außenminister Minic, bringen ihre „Enttäuschung" über die Erfüllung des Vertrags von Helsinki zum Ausdruck. Man kann eben nicht immer verheimlichen, daß nicht Frieden und Entspannung in Europa wuchsen, sondern Europa ein gigantisches Aufmarschgebiet der Supermächte geworden ist. Allein in der Bundesrepublik stehen seit Helsinki 14.000 amerikanische Soldaten mehr. In der DDR sind es gleich 30.000 sowjetische Soldaten. Die Kriegsflotten der USA und SU im Mittelmeer z. B. sind seitdem von 110 auf 150 Kriegsschiffe erhöht worden. Die beiden Militärblöcke, die NATO und der Warschauer Pakt, versuchen sich mit immer mehr und immer größeren Militärmanövern gegenseitig zu übertreffen. Überall in Europa und auf der gesamten Welt kann man so eine Konfrontation der Streitkräfte, eine heftige Rivalität der beiden Supermächte um Einflußgebiete beobach-

Fortsetzung auf Seite 6

Bundeshaushalt 1978

Ausplünderung wird verschärft

In der vergangenen Woche hat die Bundesregierung den Bundeshaushaltsplan für 1978 im Bundestag vorgelegt. Glaubt man den Worten von Bundesfinanzminister Apel, so zielt dieser Haushalt darauf ab, „den Aufschwung zu sichern, das Netz der sozialen Sicherheit zu stützen und die öffentlichen Finanzen langfristig zu konsolidieren". Offensichtlich geht Apel davon aus, daß die Werktätigen nicht die Gelegenheit haben, den kompliziert abgefaßten und umfangreichen Gesetzentwurf selbst zu studieren. Denn was wirklich in diesem Haushaltsplan drinsteht, straft die Behauptungen des Ministers Lügen.

Zunächst einmal: Was heißt denn hier „Sicherung des Aufschwungs"? Jedermann weiß doch, daß die Arbeitslosigkeit weiter angewachsen ist und die Wirtschaftskrise sich fortgesetzt hat, trotz der ständigen Bonner Sprüche über den angeblichen Aufschwung. Oder versteht Herr Apel etwa unter „Aufschwung", daß trotz Krise und Arbeitslosigkeit die Monopolherren sich riesige Profite, teilweise sogar absolute Rekordprofite, sichern konnten? Und zwar dadurch, daß sie mit der Hilfe Bonns die Ausbeutung und Ausplünderung der Werktätigen verschärften und skrupellos die Lasten der Krise auf deren Rücken wälzten.

Fortsetzung auf Seite 2

Zum ersten Mal

Die SVR Albanien auf der Buchmesse in Frankfurt

An der diesjährigen Buchmesse in Frankfurt wird sich zum ersten Mal auch die Sozialistische Volksrepublik Albanien beteiligen. Damit bietet sich zum ersten Mal für einen breiteren Kreis von Menschen die Möglichkeit, das reiche literarische Schaffen dieses einzigen sozialistischen Landes in Europa kennenzulernen.

Denn immer noch ist in Westdeutschland die albanische Kunst und Literatur, das albanische Kunstschaffen relativ unbekannt. Obwohl die albanische Literatur internationale Ausstrahlungskraft besitzt und in zahlreichen Ländern wie in Frankreich, den Niederlanden, Portugal, Großbritannien, Schweden, Norwegen, Japan, Vietnam usw. verbreitet und geschätzt wird, kennen bei uns in Westdeutschland nur „Eingeweihte" Namen wie Ismail Kadare oder Dritero Agolli. Warum ist das so?

Offenbar halten die Herrschenden in Westdeutschland es für opportun, das albanische Literaturschaffen vor den Werktätigen zu verbergen —

Fortsetzung auf Seite 8

AUS DEM INHALT

Bonner Hetze gegen "Sympathisanten"

Gleichschaltung der öffentlichen Meinung

Zu wüsten Szenen kam es, wie der „Spiegel" berichtet, im Plenarsaal des Bundestages. SPD-Führer Franke giftete: „Man sollte die Prügelstrafe wieder einführen." Und tatsächlich lag eine Schlägerei, ausgehend von einer Gruppe um den Fraktionschef Wehner, in der Luft. Was war geschehen? Eine Handvoll SPD-Abgeordneter hatte ihre Zustimmung zu dem von allen drei Parteien durchgepeitschten Kontaktsperrengesetz verweigert. Und Millionen konnten später in der Tagesschau sehen, wie einer dieser Abgeordneten, der seine Ablehnung begründen wollte, niedergeschrien und ausgepfiffen und schließlich von Wehner regelrecht fertiggemacht wurde.

Was heute verlangt wird, ist eben ein klares Bekenntnis zur Faschisierung, ist ein uneingeschränktes Ja zu all den Terrorgesetzen, die schon durchgepeitscht oder noch in der Vorbereitung sind. Wer da nicht mitzieht, wer da zögert, diese oder jene Bedenken äußert, der steht unweigerlich auf der Abschußliste. Die Herren in Bonn haben nach der Schleyer-Entführung ein Klima der Angst und der Unsicherheit geschaffen, ein Klima der Hexenjagd auf jeden, der nicht in das Geheul der Terroristenhysterie einstimmt, ein Klima, das immer mehr Menschen in unserem Land an die Jahre erinnert, in denen die Errichtung der Nazi-Diktatur vorbereitet wurde. Und immer offener wird gesagt, worum es hier eigentlich geht. Nicht um die Handvoll sogenannter Terroristen, sondern um die Generalabrechnung mit denen, die sie die „Sympathisanten" nennen. Es war nicht Strauß oder Dregger, es war der SPD-Boß Brandt, der die Parole ausgab, daß „die Sympathisanten vielleicht in einem unvergleichlich höheren Maße verantwortlich sind als jene Fanatiker, die den Abzughebel der Maschinenpistole bedienen".

Sicher, damit waren nicht jene SPD-Abgeordneten gemeint, die sich jetzt weigerten, dem Kontaktsperrengesetz zuzustimmen. Für sie steht nicht mehr auf dem Spiel als ihre Parteikarriere. Aber die Herren in Bonn und ihre gleichgeschaltete Journaille haben auch nicht etwa nur die im Visier, die sich offen zur revolutionären Gewalt bekennen. So hetzte etwa die Illustrierte „Quick": „Die Bölls sind viel schlimmer als die Baader-Meinhof."

Und warum? Weil etwa Böll in seinem Roman „Katharina Blum" die terroristischen Praktiken der „Bild"-zeitung angeprangert, weil er sich auf die Seite der Angeklagten im Kölner Antifaschisten-Prozeß gestellt hat usw. Deshalb wurde er zum Wegbereiter des Terrorismus erklärt und in unglaublicher Weise öffentlich an den Pranger gestellt. „Warum schweigt Herr Böll", fragte nach der Schleyer-Entführung der SPD-Bonze Schmitt-Vockenhausen in der „Bild"-Zeitung. Und er ließ keinen Zweifel daran, daß ein solches Schweigen, die Weigerung Bölls, in die von Bonn hochgeputschte Terroristenhysterie einzustimmen, als Kumpanei mit den Entführern gewertet würde.

Der Bonner Staat duldet es nicht mehr, wenn sich die kritischen bürgerlichen Intellektuellen zurückziehen, wenn sie schweigen. Nein, sie müssen Gewehr bei Fuß stehen, jederzeit bereit sein, ihre positive Haltung zu diesem Staat zu bekunden. Auch Böll distanzierte sich nicht nur von dem Anschlag auf Schleyer, sondern auch von der revolutionären Gewalt. Aber das genügte ihnen noch nicht. Sie wollten es noch positiver, sie wollten den Widerruf seiner Kritik an diesem Staat. So ging die Kampagne weiter gegen Böll, gegen andere bürgerliche Intellektuelle. Die katholische Dichterin Luise Rinser wurde von einer Dichterlesung bei der Volkshochschule Gerlingen kurzerhand wieder ausgeladen. Unerwünscht, hieß es, Sympathien mit den Terroristen. Die Wohnung von Bölls Sohn René wurde von einem vierzigköpfigen Polizeikommando gestürmt, schon die zweite Polizeiaktion gegen seine Familie. Ein anonymer Anruf sei eingegangen, hieß es, Terroristen-Verdacht.

Und ein Interview, das Böll nach diesem Überfall dem Bayrischen Rundfunk gab, in dem er seine Empörung über die faschistische Hetze ausdrückte, wurde kurz vor der Sendung einfach abgesetzt. Wie hieß es doch? Eine Zensur findet nicht statt. Aber was ist das anderes als Zensur? Und wie soll man die Anweisung nennen, die an die Redakteure des Senders Freies Berlin ging und in der es heißt, daß Gespräche mit Personen, „die bekanntermaßen extreme Standpunkte zu schwerwiegenden politischen Fragen haben, ab sofort nicht mehr live geführt werden sollen"?

Nichts soll mehr durchkommen, was nicht Applaus für den Bonner Kurs der Faschisierung ist. Auch die letzten Lücken bei der Gleichschaltung von Presse, Rundfunk und Fernsehen wollen sie schließen. Sie wollen die Friedhofsruhe in diesem Land, wollen jede kritische Stimme zum Schweigen bringen. Was sie damit bezwecken? Sie brauchen diese Friedhofsruhe, um noch umfassendere Angriffe gegen den revolutionären Klassenkampf vorzubereiten. So wie heute, so fing es auch damals an. Das sehen immer mehr Menschen in unserem Land. Und sie sind sich einig: Ein neues 1933 darf und wird es nicht geben.

Bundeshaushalt 1978

Ausplünderung wird verschärft

Fortsetzung von Seite 1

Aber nun zum Haushaltsplan selbst. Kurz zusammengefaßt, kann man ihn folgendermaßen kennzeichnen: Noch mehr Milliarden für die Monopolkapitalisten, für die Rüstung und für den Ausbau des staatlichen Unterdrückungs- und Gewaltapparates auf der einen Seite. Hingegen Kürzungen der Mittel für die soziale Versorgung auf der anderen Seite.

Den weitaus größten Posten stellt der Rüstungshaushalt mit mindestens 54 Milliarden DM. Wohlweislich wird dieser Betrag in dem Haushaltsplan durch Manipulationen verfälscht dargestellt. Offiziell beträgt er 34,2 Milliarden (gegenüber 32,8 Milliarden in diesem Jahr). Aber ein beträchtlicher Teil der Ausgaben für die Kriegsrüstung wird unter dem Stichwort „Verteidigungsausgaben" gar nicht aufgeführt, sondern bleibt in anderen Rubriken verborgen wie z. B. „Forschung und Technologie", „Bildung und Wissenschaft", „Verteidigungslasten", „zivile Verteidigung" u. a.

Auch für die „innere Sicherheit" (im Klartext für den weiteren Ausbau von Bürgerkriegstruppen wie Polizei und Bundesgrenzschutz, für zusätzliche Terrorkommandos des Bundeskriminalamtes, für Polizeicomputer zur Registrierung von Daten über möglichst viele Werktätige, für den Ausbau des Verfassungsschutzes, für die Ausweitung des Heeres von Spitzeln und Agenten usw.) werden die Ausgaben erhöht. So steigt z. B. der Etat für das Innenministerium um 17,1 Prozent auf über 2,5 Milliarden.

Nicht zuletzt steigen auch die schon ungeheuer aufgeblähten Ausgaben für den Bonner Regierungsapparat selbst, für Ämter und Ministerien. So z. B. erhält allein das Kanzleramt und der Bundestag zusammen weit über 600 Millionen DM. Und zwar steigen diese Ausgaben um 21 Millionen Mark gegenüber dem für 1977 vorgesehenen Betrag.

Natürlich sollen auch wieder Milliarden an direkten und verschleierten Subventionen an die Monopolkapitalisten ausgeschüttet werden. So steigt der Etat des Wirtschaftsministeriums um 16,3 Prozent auf über 3,5 Milliarden an. Und dies macht nur einen Teil jener Gelder aus, die direkt in den Rachen der Konzernherren geworfen werden. Denn das sogenannte „Programm für Zukunftinvestitionen", das insgesamt 16 Milliarden umfaßt und über einige Jahre läuft, beinhaltet vielerlei Zuschüsse, steuerbegünstigte Aufträge usw., an die Monopole, die aus den verschiedensten Etatposten finanziert werden.

Dem stehen auf der anderen Seite Einschränkungen und teilweise massive Kürzungen im Bereich der sozialen Versorgung gegenüber. Für Arbeitslosenhilfe sollen nur noch 269 Millionen gegenüber noch 542 Millionen in diesem Jahr aufgewendet werden. Für Berufsbildung nur noch 54 gegenüber 57 Millionen in diesem Jahr. Für den Mutterschutz kein Pfennig mehr als in diesem Jahr. Für andere wichtige Sozialbereiche wie Gesundheitswesen, Sozialhilfe, Wohnungsbau sind nur verschwindend geringe Erhöhungen geplant, obwohl die Not, die Bedürftigkeit und die Anforderungen hier infolge der Wirtschaftskrise und des sinkenden Lebensstandards stark anwachsen.

Wie verhält es sich nun mit der von Apel behaupteten „langfristigen Sicherung" der Staatsfinanzen? Das ist schlicht eine dreiste Lüge, um dem Volk Sand in die Augen zu streuen. Der Gesamtumfang des Bundeshaushalts 1978 soll sich auf 188,6 Milliarden DM belaufen. Damit liegt er um 17,3 Milliarden höher als er in diesem Jahr sein soll. Woher kommen diese zusätzlichen Milliarden? Während für Steuern, wie z. B. die Körperschaftssteuer, die vor allem die Kapitalisten direkt trifft, Erleichterungen gewährt werden, wächst das Lohnsteueraufkommen weiter an. Auch nach dem Finanzplan für die kommenden Jahre soll der Anteil der Lohnsteuer am Gesamtsteueraufkommen sich noch mehr vergrößern.

Zum anderen werden die zusätzlich eingeplanten Milliarden durch Kreditaufnahme, also stärkere Staatsverschuldung hergeschafft. So klaffte bereits für dieses Jahr im Bundeshaushalt ein gewaltiges Finanzloch. Die Kreditverschuldung des Bundes beträgt rund 20 Milliarden Mark. Und gemäß dem Bundeshaushaltsplan soll sie im kommenden Jahr auf 27,4 Milliarden anwachsen. Und das nennt Herr Apel dann „langfristige Stabilisierung der Bundesfinanzen"!

Um dieser Augenwischerei einen Hauch von Realität zu verleihen, werden im Finanzplan für die kommenden Jahre drastische Senkungen der Aufwendungen für Bereiche wie z. B. Arbeitslosenhilfe angegeben und es wird ein Steueraufkommen, Aufkommen an Sozialversicherungsbeiträgen usw. unterstellt, das von einer massiven Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung ausgeht. Aber woher nimmt die Regierung denn diesen „Optimismus"? Wohl aus der Absicht, vor den werktätigen Massen zu vertuschen, was aus Bonn in den kommenden Jahren auf sie zurollt: weitere Steuererhöhungen, weiterer Abbau der Sozialversorgung und eine steigende Inflationsrate.

Kurz berichtet

HANNOVER

In der vorletzten Woche wurde nachts das Schaufenster des Parteibüros mit einem Stein eingeworfen. An der Hauswand gegenüber klebten Nazi-Plakate, deren Leim noch feucht war. Obwohl diese Tatsache deutlich auf eine faschistische Provokation hinweis, weigerte sich die Polizei, die sofort verständigt worden war, etwas zu unternehmen, um die Provokateure zu ermitteln.

Daß diese Polizei des Bonner Staates nicht nur keine Anstalten macht, das Treiben der faschistischen Banden zu unterbinden, sondern sie sogar aktiv unterstützt, zeigte sich auch anderntags. Als sich gegen eine Hetzkundgebung der Nazis in der Innenstadt Hannovers eine spontane Demonstration der Partei und des KBW formierte, stellten sich die Polizeitruppen schützend vor die Faschisten.

WESTBERLIN

Auch in Westberlin wurden Provokateure gegen das Parteibüro aktiv. Die Genossen hörten dort auf dem automatischen Anrufbeantworter die Drohung: „Heute abend um 20 Uhr sprengen wir euch Schweine in die Luft." Solche Provokationen, egal ob sie aus der faschistischen oder der sozialfaschistischen Ecke kommen oder direkt von den Staatsschutzorganen, sind ein Bestandteil der Faschisierung, der Angriffe der Bourgeoisie gegen unsere Partei und die revolutionäre Bewegung.

HILDESHEIM/ELZE

Ungefähr 20 Freunde und Genossen kamen zur Gründungsveranstaltung der Roten Garde Hildesheim/Elze. Die Genossen der RG sprachen über die Lage der Jugendlichen in den beiden Orten und die Ziele der Roten Garde. Ein Genosse der Partei sprach über die Bedeutung des Kampfes der Jugend für die proletarische Revolution.

Ein Höhepunkt der Veranstaltung, die in einer revolutionären Atmosphäre stattfand, war die Vorführung des Films über den III. Parteitag. Besonders gefreut hat die Genossen, daß eine Kollegin nach der Veranstaltung den Wunsch äußerte, an der Schulung der RG teilzunehmen.

HANNOVER

Die Genossen des KSB/ML-Hannover berichten: „Wir konnten letzte Woche das hundertste Exemplar der Schrift „Die Theorie der drei Welten, eine marxistisch-leninistische Theorie?" verkaufen. Der Käufer, ein Kommilitone aus dem Iran, erhielt als Preis zusätzlich den Rechenschaftsbericht des Genossen Enver Hoxha an den 7. Parteitag der PAA. Das 101. und 102. Exemplar konnten inzwischen ebenfalls verkauft werden." Unter den von den Hannoveraner Genossen verkauften Broschüren waren auch zwölf in iranischer Sprache, die von der Generalunion afghanischer Studenten übersetzt worden waren.

ESSEN

Ende September trafen sich Genossen der Roten Garde Essen mit Freunden und Sympathisanten in Hünxe zu ihrem ersten Zeltlager in diesem Jahr. Den Platz für das Lager hatte ein Nebenerwerbsbauer zur Verfügung gestellt, der seine Sympathien mit den Worten bekundete: „Vor einem richtigen Kommunisten ziehe ich den Hut."

Offen gesagt ...

Hetze von der Kirchenkanzel

Bei der lautstarken Hetze, die in letzter Zeit gegen die „Terroristen" vom Stapel gelassen wurde, darf die Kirche natürlich auch nicht fehlen. So hat denn auch der Rat der EKD am 18. September eine Erklärung wider den „Terrorismus" abgegeben. Diese Erklärung setzt allem bisher von der Kirche Gehörten die Krone auf.

So ist die Grundlage dieser Erklärung eine theologische Erklärung aus der Zeit des Faschismus, die auf der „Reichsbekenntnissynode" von 1934 verabschiedet wurde. Hier eine Kostprobe davon: "Die Schrift sagt uns, daß der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen." Dies wurde in einer Zeit geschrieben, in der der Faschismus an die Macht gelangt war, in der er schon die grausamsten Bluttaten begangen hatte, unter den antifaschistischen und revolutionären Menschen massenhaft Verhaftungen vorgenommen hatte, um sie ins KZ zu stecken oder gleich dem Henker auszuliefern.

Daß diese Erklärung heute wieder von der EKD ausgegraben wurde, zeigt, wes Geistes Kind sie ist, zeigt, daß sie bereit ist, jeder wie auch immer gearteten Schandtat dieses Klassenstaats den Segen zu geben.

Das spricht sie im folgenden auch klar aus, indem sie Denunziantentum predigt. Es sei die Pflicht eines jeden, zur Aufklärung von „Verbrechen" beizutragen. Mit keiner Zielvorstellung seien „Gewalttätigkeiten" zu rechtfertigen. Geht die Gewalt allerdings vom Staat aus gegen die Werktätigen, stehen politische Unterdrückung, Todesschuß etc. auf der Tagesordnung, schreit die Kirche laut Hurra, und um dies noch weiterzutreiben, ruft sie gleich nach dem starken Staat: „Nur ein starker Staat ist ein liberaler Staat". Das sind altbekannte Töne, die auch in jedem aufrichtigen demokratischen Christen schreckliche Erinnerungen wach werden lassen. Die Erinnerung an die Zeit des Faschismus, die Zeit, in der die Kirche im Namen Gottes Morde und KZs guthieß.

Scheinheilig spricht sie davon, daß sie ein Herz für die „Opfer" sowie für die „verblendeten Gewalttäter" habe und für sie beten wolle. Im gleichen Atemzug aber segnet sie im voraus die „Gewissensentscheidung" der Regierung in solchen Fällen ab. Egal was sie tun, die Kirche ist bereit, die Folgen gemeinsam zu tragen. Folgen wie: Isolationshaft, Todesschuß usw. kurz, sämtliche Maßnahmen der Faschisierung des Staatsapparats.

All das aber ruft bei vielen Werktätigen und bei vielen von denjenigen, die noch ehrlichen Herzens Christen sind, starke Empörung hervor. Dadurch werden sie auch mehr und mehr erkennen, daß die Kirche zwar „Nächstenliebe" und ähnliche Dinge predigt, in Wirklichkeit aber ein Machtinstrument der herrschenden Klasse ist, und mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln mithilft, deren Herrschaft aufrechtzuerhalten. Deshalb ist es Aufgabe eines jeden fortschrittlichen Menschen, der Kirche ihre fortschrittliche demokratische Maske vom Gesicht zu reißen und ihre gefährlichen Machenschaften zu bekämpfen.

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage bei.



Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 463. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Interview mit einem Genossen der Sektion DDR der KPD/ML

Seit nun bald zwei Jahren kämpft die Sektion DDR unserer Partei gegen das sozialfaschistische Regime im anderen Teil Deutschlands. Wie sieht dieser Kampf aus, der unter den Bedingungen tiefer Illegalität geführt werden muß? — Welche Bedeutung hat der „Rote Morgen“ unter diesen Bedingungen für den Aufbau der Partei? Auf diese und andere Fragen geht Genosse Karl, seit kurzem Mitglied der Sektion DDR der KPD/ML, im folgenden Interview ein.

RM: Genosse Karl, vor kurzem bist du in die Partei aufgenommen worden. Kannst du in groben Zügen berichten, wie du zur Partei gekommen bist?

Genosse Karl: Zunächst möchte ich mich für das mir von der Partei entgegengebrachte Vertrauen herzlich bedanken. Ich freue mich sehr, jetzt in den Reihen *der* Partei kämpfen zu können, die in aller Konsequenz das revolutionäre Erbe der Thälmannschen KPD fortsetzt. Wie ich die Partei kennenlernte, kann ich hier selbstverständlich nicht in den Einzelheiten ausführen, denn ich glaube, daß es dem Stasi vielleicht doch einigen Aufschluß geben könnte. Alles in allem war es damals mehr ein Zufall, ein glücklicher Zufall, den „Roten Morgen“ (zu der Zeit gab es nur eine Ausgabe für Westdeutschland) in der Hand zu halten. Ich war sehr begeistert von dieser Zeitung, ihrer offenen Sprache, ihrem klaren revolutionären Stil. Es ist ein Unterschied wie Tag und Nacht, wenn man das „Neue Deutschland“, ja überhaupt die gesamte gleichgeschaltete Presse in unserem Land, dagegen hält.

„Die Mauer muß weg!“ hieß es damals in der Überschrift auf der ersten Seite. Der Überfall der russischen Sozialimperialisten auf die CSSR wurde mit aller Entschiedenheit angeprangert. Für mich war es zunächst etwas überraschend, so etwas aus dem Munde von Kommunisten zu hören. Bisher hatte ich immer noch geglaubt, die SED und die DDR seien trotz aller Mängel eben doch sozialistisch, sie nennen sich schließlich auch so. Ich hatte zwar schon immer Widersprüche zu dem System hier, mir paßte einiges nicht; gerade durch die SED ist mir einiges, die Korruption, der Bürokratismus, das Karrieredenken, eben diese ganze bürgerliche Dekadenz und Entartung schwer aufgestoßen.

Erst die Partei und der „Rote Morgen“ haben mir sehr geholfen, hier klarer zu sehen und den Ausweg aus dieser ganzen Misere zu formulieren: Den Sturz dieser Stiefellecker Moskaus, die Vertreibung der russischen Besatzer aus unserem Land und die Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats nach dem Vorbild Stalins.

RM: Wie hast du es geschafft, näheren Kontakt mit der Partei zu bekommen?

Karl: Das war schon die erste Hürde, denn an wen sollte man sich da wenden? Einfach per Post an ein Parteibüro in Westdeutschland zu schreiben, kam schon mal nicht in Frage, denn ich wollte nicht gleich in die Karteien des Stasi. Schließlich habe ich eine Möglichkeit gefunden, jemandem einen Brief in den Westen mitzugeben. Ich mußte natürlich bei der Formulierung aufpassen — auch aus Rücksicht auf den „Boten“ —, so daß der Stasi, wäre ihm dieser Brief in die Hände gefallen, keine eindeutigen Schlüsse hätte ziehen können.

Nach einiger Zeit erhielt ich schließlich auch die erste Sendung „Roter Morgen“. Nach und nach erhielt ich auch andere Parteiliteratur und albanische Schriften. Mir war klar — und eigentlich stärkte das trotz aller Ungeduld nur noch mehr mein Vertrauen in die Partei —, daß die Partei nicht sofort auf meinen Brief „anbeißen“ würde. Denn woher solltet ihr wissen, wer ich wirklich bin? So verging eine längere Zeit, bevor ich den ersten persönlichen Kontakt mit der Partei bekam. Bis dahin war ich praktisch auf mich alleine gestellt, bzw. ich hatte ja den „Roten Morgen“.

RM: Welche Aktivitäten hast du von dir aus während dieser Zeit unternommen?

Karl: Als erstes wollte ich meine besten Freunde und Bekannten, die mit mir in vielen politischen Fragen übereinstimmten, einbeziehen. Ich hatte mir verschiedene Methoden überlegt, wie ich ihnen den „Roten Morgen“ zukommen lasse, einigen habe ich ihn natürlich persönlich gegeben. Bei einigen war ich mir aber unsicher. Diesen habe ich den „Roten Morgen“ anonym zugesteckt und erst einmal ihre Reaktionen abgewartet. Schließlich ist es mir gelungen, eine feste Dreiergruppe aufzubauen.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Ausgabe DDR lesen und weitergeben!

Vor einem Jahr KPD/ML in der DDR gegründet

Arbeiter! Werktätige!

Vor über einem Jahr, Anfang 1976, fanden sich Marxisten-Leninisten in der DDR zusammen, um die Sektion der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten zu gründen. ...

Werktätigen, die Diktatur des Proletariats, wiedererrichten.“

Während die D„K“P/SEW-Revisionisten im Westen sich bemühen, die Arbeiter mit Phrasen vom „friedlichen und parlamentari- ...

Von einer Aktion möchte ich noch kurz berichten: Um die Partei breiter bekannt zu machen, hatten wir uns überlegt, daß es sinnvoll wäre, das deutschsprachige Rundfunkprogramm von Radio Tirana mehr zu propagieren, das heißt bei vielen Leuten überhaupt erst bekannt zu machen. Wir haben das im „Roten Morgen“ abgedruckte Radio-Tirana-Programm auf Durchschläge abgetippt und diese in Hausbriefkästen, Telefonzellen und andere Stellen verteilt und gesteckt.

Ich halte es überhaupt für sehr wichtig, daß sich jeder, der einen „Roten Morgen“ oder ein Flugblatt der Partei zu lesen bekommt, sich gleichzeitig überlegt, wie er diese Zeitung oder dieses Flugblatt weiter verbreiten kann, wen es am meisten interessieren könnte, wie er unter Umständen diesen oder jenen interessanten Artikel vervielfältigen könnte. Hier gibt es eine ganze Reihe von Möglichkeiten.

RM: Ja, das ist sehr wichtig. Gerade die Älteren kennen das noch vom antifaschistischen Kampf gegen den Hitlerfaschismus. Die meisten Flugblätter sind durch so viele Hände gegangen, sie waren so zerlesen, daß der letzte es kaum noch entziffern konnte. Könntest du kurz berichten, was ihr unternommen habt, um eure Arbeit so abzusichern, daß der Stasi euch nicht ohne weiteres auf die Spur kommt?

Karl: Ich kann zwar nicht unsere Methoden im einzelnen schildern, grundsätzlich muß man aber sagen, daß bei jeder Aktion größte Vorsicht geboten ist. Manchmal können einem schon Fingerabdrücke und handschriftliche Schriftzüge zum Verhängnis werden. Mir ist da ein Fall bekannt, wo ein — ansonsten unpolitischer Arbeiter — die Parole „Russen raus!“ mit Filzschreiber auf eine Klotür gemalt hat. Der Stasi hat ihn relativ schnell überführt und anhand der Schrift identifiziert. Der Kollege ist sofort in den Knast gewandert; meines Wissens haben die Behörden ihn inzwischen nach Westdeutschland abgeschoben. Sein Fehler war, daß er die Parole direkt in der Toilette seiner eigenen Abteilung geschrieben hatte. So konnte er leicht ausfindig gemacht werden.

Ich möchte aber in diesem Zusammenhang besonders betonen, daß man meiner Ansicht nach auch nicht zu „übervorsichtig“ sein darf. Auch wenn der Stasi über einen riesigen, großen Apparat verfügt, so ist er doch nicht allgegenwärtig, und unser großes Plus ist schließlich, daß wir die wahren Interessen der Arbeiter und Werktätigen der DDR vertreten. Viele, die die Partei kennenlernen, bringen ihr eine große Sympathie entgegen, wenn sie meist auch selbst noch nicht bereit sind, aktiv den Kampf aufzunehmen.

Außerdem erfordert unser Kampf Mut und Opferbereitschaft! Auch wenn es ein Zeichen der klugen und umsichtigen Taktik der Partei ist, daß es dem Stasi bisher nicht gelungen ist, einen Genossen der Sektion festzunehmen, so dürfen wir in unserer Wachsamkeit niemals nachlassen.

RM: Was meinst du, worin heutzutage die hauptsächlichen Aufgaben der Sektion DDR der KPD/ML liegen?

Karl: Kurz gesagt bin ich der Meinung, daß es im Moment zunächst einmal darauf ankommt, die Partei aufzubauen, die Vorhut des Proletariats zusammenzuschließen und diesen einheitlichen Kampfstab zu schmieden. Wir stehen erst am Anfang. Die KPD/ML, ihr Programm und ihre Ziele sind vielen noch gar nicht bekannt; wer von den etwa 8 Millionen Arbeitern und Werktätigen hat denn schon einmal die Gelegenheit gehabt, den „Roten Morgen“ oder ein Flugblatt der Partei zu lesen? Hier liegt ein großes Aufgabengebiet für uns. Überall im Land bilden sich (meist spontan) kleine zersplitterte Widerstandsgruppen. Diesen aktiven Kern, diese fortschrittlichsten des Proletariats gilt es um den „Roten Morgen“ zusammenzuschließen, sie an die Partei heranzuführen, ihnen so politische Klarheit, Kontinuität und Siegeszuversicht zu verleihen.

Gleichzeitig ist es sehr wichtig, in die vorhandene Massenunzufriedenheit einzugreifen und sie zu schüren, diese spontanen Kämpfe in die richtige Richtung zu lenken. Z. B. planen wir, zu verschiedenen aktuellen Anlässen Flugblätter und Aufkleber in einer kleinen Auflage selbst herzustellen. Wir haben dazu gehört, daß in einer anderen Stadt Genossen ein Flugblatt gegen die verschleierte Kaffeepreiserhöhung verbreitet haben. Entscheidend aber und ein erster Schritt für die weitere zielgerichtete Entwicklung des Klassenkampfes in unserem Land, für die Vorbereitung der erneuten sozialistischen Revolution wird es sein, die Partei zu schmieden und weiter aufzubauen, die Parteiorganisation zu stärken. Dabei hat der „Rote Morgen“ als ideologischer und politischer Führer und als kollektiver Organisator eine große Bedeutung!

"Freundschaftsvertrag" CSSR - DDR

Von den Kremlzaren diktiert

Drei Tage lang hat sich in der vergangenen Woche der Chef der tschechoslowakischen Revisionisten, Josef Husak, zu einem Staatsbesuch in der DDR aufgehalten. Bei dieser Gelegenheit wurden nicht nur Bruderküsse und Umarmungen ausgetauscht, sondern auch ein sogenannter „Freundschaftsvertrag“ unterzeichnet, den die revisionistische Presse überschwenglich als „historisches Dokument“ in den Beziehungen beider Länder feierte.

Aber alle Treueschwüre, Freundschaftsbezeugungen und Parolen über die „Stärkung des Sozialismus“, die Husak und sein revisionistischer Partner Honecker bei der Unterzeichnung des Vertrages von sich gaben, können die Schatten der Vergangenheit nicht verscheuchen und die wirklichen Ziele dieses Vertrages nicht verdunkeln.

Als die Truppen des Warschauer Pakts 1968 brutal die Tschechoslowakei überfielen, waren es nicht nur die sowjetischen Panzer, die in Prag, Brünn und anderswo aufmarschierten. Es waren auch die Panzer der ostdeutschen Armee, die die tschechoslowakischen Grenzpfähle niederrammten.

Die Breschnew, Ulbricht und Co. rechtfertigten ihren Überfall auf das tschechoslowakische Volk mit der Doktrin der „begrenzten Souveränität“, die man besser als Doktrin der „verlorenen Souveränität“ bezeichnet. Denn sie liefert den sowjetischen Sozialimperialisten das Alibi, jederzeit mit brutalster Gewalt in die revisionistischen Länder einzufallen und sie unter Kuratel zu stellen, wenn die Gefahr besteht, daß sie sich aus dem Einflußbereich der neuen Zaren im Kreml lösen.

Gerade die Anerkennung der Doktrin der „begrenzten Souveränität“ aber ist einer der Kernpunkte des Vertrages zwischen der Tschechoslowakei und der DDR.



DDR-Panzer beteiligten sich 1968 an der Besetzung der Tschechoslowakei

Hier, wie auch in anderen Punkten des Vertrages, spürt man deutlich die Handschrift der sowjetischen Sozialimperialisten. Bekanntlich hatte Breschnew in diesem Sommer nacheinander seine Vasallen auf die Krim beordert, nicht nur um von ihnen Rechenschaft zu verlangen, sondern auch um sie zu einer rascheren Unterwerfung unter die Sowjetunion in jeder Beziehung zu zwingen. Dort wurden auch die wesentlichen Punkte der Verträge festgelegt, die die revisionistischen Cliquen in der Folgezeit miteinander abgeschlossen haben. So gingen dem Vertrag, den Husak und Honecker geschlossen haben, solche zwischen der DDR einerseits und Polen, Ungarn, Bulgarien und der Mongolei andererseits voraus. Sie alle sind nach dem gleichen Muster gestrickt und gleichen, wie ein Ei dem anderen, dem Vertrag, der am 7. Oktober 1975 zwischen der DDR und den sowjetischen Sozialimperialisten abgeschlossen wurde.

So wird in allen diesen Verträgen die Doktrin der „begrenzten Souveränität“ anerkannt. So wird in allen diesen Verträgen die Notwendigkeit der „vertieften wirtschaftlichen Integration“ betont. Zusatzabkommen und -verträge legen fest, wie die revisionistischen Länder einzeln und gemeinsam den Verpflichtungen nachzukommen haben, die ihnen die Sowjetunion auferlegt. So wird in allen diesen Verträgen bedingungslos die aggressive und imperialistische Außenpolitik der neuen Zaren im Kreml als Richtschnur anerkannt.

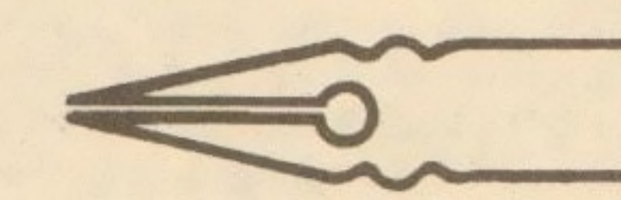
Mit anderen Worten: Da, wo die Revisionisten von Freundschaft und Zusammenarbeit, von „sozialistischer Integration“ sprechen, geht es in Wirklichkeit um die Unterordnung unter die sowjetische Faust. Wobei natürlich auch jede der revisionistischen Cliquen versucht, sich gegenüber den anderen Vorteile zu verschaffen.

Die großen Anstrengungen, die die sowjetischen Sozialimperialisten in diesem Jahr unternommen haben, um ihren Vasallen einzeln oder gemeinsam, im Rahmen des Warschauer Pakts und des RGW Dutzende von versklavenden Verträgen aufzuzwingen und sie zugleich zu zwingen, auch untereinander ihre Beziehungen so zu regeln, daß sie noch besser den sowjetischen Bedürfnissen entsprechen, sind Ausdruck der typisch imperialistischen Politik, die Moskau gegenüber seinen sogenannten „Partnern“ betreibt.

Die sowjetischen Sozialimperialisten verstärken den Druck auf ihre Satelliten, weil sie, wie die ganze übrige kapitalistische Welt auch, in einer tiefen Krise stecken. Sie möchten die Lasten dieser Krise möglichst weitgehend auf die revisionistischen Länder abwälzen. Sie möchten, daß sich diese ihnen noch mehr als bisher unterordnen. Nicht zuletzt deshalb, weil sich ihr Kampf mit dem USA-Imperialismus, der anderen imperialistischen Supermacht, um Einflußsphären zuspitzt.

Aus allen diesen Gründen können die Verträge der revisionistischen Cliquen mit den Sozialimperialisten und untereinander niemals im Interesse der Werktätigen dieser Länder liegen. Denn sie sind es, die die Folgen der doppelten und dreifachen Ausbeutung immer mehr zu spüren bekommen. Sie sind es, gegen die die sowjetischen und anderen Panzer aufmarschieren, wenn sie sich zum Kampf gegen ihre Ausbeuter erheben.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

Jacobs-Kaffee: Frauen werden entlassen

Liebe Genossen,

bei der großen Bremer Kaffee-Rösterei „Jacobs-Kaffee" werden zur Zeit die Frauen — vor allem die türkischen — entlassen. Eine Türkin, die mir ihr Kündigungsschreiben zeigte, sagte, daß schon sämtliche Frauen einer Straße in Bremen/Neustadt entlassen wurden. Der Grund: Rationalisierung durch neue Maschinen und bevorzugte Beschäftigung von Männern an diesen neuen Maschinen. Diese Frau speziell war schon über fünf Jahre bei Jacobs-Kaffee. In ihrem Kündigungsschreiben stand aber nur, daß sie „fristgerecht" gekündigt sei, daß sie ihre Arbeitskleidung abgeben solle, daß sie eine vorläufige Bescheinigung bekäme, damit sie sich woanders vorstellen könne — und Punkt. Keine Begründung der Entlassung, kein Dankeschön für über fünf Jahre Akkord-Arbeit an der Maschine (Etikettiermaschine). — Ähnlich sieht es zur Zeit auch bei „Rönning-Kaffee" aus.

Diese Beispiele zeigen, daß die staatlichen Gelder zur Arbeitsplatzbeschaffung dazu benutzt werden, zu rationalisieren und Arbeitsplätze zu vernichten. Profit geht halt über Leichen und erst im Sozialismus werden wir das verwirklichen können, was heute schon in Albanien zu erleben ist: Ein Recht auf Arbeit für jeden!

Rot Front! Genossen aus Bremen

Lebensgefährliche Maschine

Liebe Genossen,

Die Gesundheit und das Leben der Werktätigen sind den Kapitalisten keinen Pfifferling wert. Das zeigte sich erneut in einem kunststoffverarbeitenden Betrieb in Emsdetten, wo eine Kollegin aufgrund eines Stromschlages zu Boden stürzte und einen Schock erlitt. Wie sich herausstellte, entsprach die Maschine, an der sie arbeitete, nicht den Sicherheitsvorschriften. Obwohl dies bereits vor einem halben Jahr festgestellt worden war, hatte sich die Betriebsleitung nicht darum gekümmert. Sofort nach dem Unfall wies der Betriebsleiter eine andere Kollegin an, an der Maschine weiterzuarbeiten. Sie weigerte sich aber mit der Begründung, daß auch sie schon vorher, als sie an der Maschine gearbeitet hatte, einige schwächere Stromstöße abbekommen hätte. Darauf antwortete der Betriebsleiter unverschämterweise: „Sie sehen ja, bei einem wirkt sich das so aus, beim anderen so." Da die Kollegin auf ihrer Weigerung bestand, sah sich der Betriebsleiter gezwungen, die Maschine doch überprüfen zu lassen.

Rot Front! Ein Genosse aus Emsdetten

Prozeßsieg vor dem Landesarbeitsgericht

Liebe Genossen,

unter der Überschrift: „Der lange Arm des Sozialministers" berichteten wir im „Roten Morgen" 27/77 über die fristlose Kündigung des HNO-Assistenzarztes und Personalrates W. Walter.

Nun, der „lange Arm", mit dem die Gehilfen des Sozialministers drohten — erwies sich als ein Stück zu kurz. Die Anwälte des niedersächsischen Sozialministers und des Oberkreisdirektors von Winsen-Luhe hatten ihre Nasen nur in das niedersächsische Personalvertretungsgesetz gesteckt und schon triumphiert — das BVG aber außer acht gelassen. Trotz seiner ausgemachten Arbeiterfeindlichkeit enthält das BVG nämlich noch den Satz, daß Personal- und Betriebsräte gegen den Willen der Mehrheit des Personalrates nicht gekündigt werden können. Und der Personalrat des Kreiskrankenhauses Buchholz hatte sich einstimmig gegen die Entlassung des Genossen ausgesprochen. Eine DKP-Personalrätin wollte sich wohl als Einzelne gegen die anderen acht keine Blöße geben und stimmte mit gegen die Entlassung von W. Walter.

Deshalb konnte der Genosse nach einer Zwangspause von zwei Monaten wieder als Personalrat in das Krankenhaus in der Nordheide einziehen und auch seine Ausbildung fortsetzen. Die Schwestern der Station und viele Kollegen begrüßten ihn erfreut und teilweise erstaunt, daß mit beharrlicher Prozeßführung und einstweiligen Verfügungen den Herrschenden auch mit Erfolgen Kontra geboten werden kann.

Rot Front! Ein Genosse aus Hamburg

Offenes Wort der Gewerkschaftsbonzen

Liebe Genossen,

letzte Woche fand eine Betriebsversammlung des Internationalen Bundes für Sozialarbeit statt. Auf der Tagesordnung stand unter anderem der Manteltarifvertrag einschließlich Arbeitsordnung zwischen der ÖTV und der Hauptgeschäftsführung. Der Vertreter der Hauptgeschäftsführung beklagte dort, daß im Vorschlag der ÖTV nicht die Verpflichtung enthalten sei, „sich in- und außerhalb des Dienstes aktiv für das Grundgesetz der BRD einzusetzen".

Gerade diese Tatsache hatten aber einige Kollegen schon begrüßt, denn diese Verpflichtung bedeutet im sozialen Bereich einen unverschämten Angriff auf die Meinungsfreiheit.

Doch da legte der Gewerkschaftsbonze in seltener Offenheit die Karten auf den Tisch. Er erklärte, es sei doch überhaupt nicht notwendig, die Verpflichtungserklärung in die Arbeitsordnung aufzunehmen, da diese schon in der Satzung der Gewerkschaft enthalten sei. Die Gewerkschaft würde schon darauf achten, daß „Radikale" rechtzeitig aus der Organisation entfernt würden und somit auch der Tarifvertrag für sie nicht mehr gelten würde. Auf deutsch: Sie können jederzeit gekündigt werden. So betreibt der reaktionäre ÖTV-Apparat ganz offen das schmutzige Geschäft der Kapitalisten, Kommunisten und Revolutionäre auf die Straße zu werfen.

Rot Front! Ein Genosse aus Stuttgart

Kontrollen auf Anweisung der Regierung

Liebe Genossen,

am Freitag letzter Woche kam unser Vertrauensmann zu uns und berichtete von der Vertrauensleutesitzung. Neben anderem hatte er den Auftrag, uns folgendes mitzuteilen: Ab sofort müssen wir beim Betreten und Verlassen des Betriebes *unaufgefordert* den Pförtnern unseren Werksausweis zeigen. Auch wenn wir in der Pause kurz mal hinausgehen oder, was pro Tag mehrmals vorkommt, in das Zweitwerk hinübergehen müssen. Die Kollegen waren darüber empört und fragten, was das Ganze solle — es sei doch jahrelang ohne solche Kontrollen gegangen. Die Begründung für die Einführung der Kontrollen lautete: Anweisung der Bundesregierung an alle größeren Betriebe, um zu verhindern, daß „Terroristen" in das Werk gelangen, jemanden entführen oder Sabotageakte durchführen. Der Vertrauensmann meinte dazu, daß eben alle mithelfen müßten, um das Leben „einzelner Mitmenschen" zu schützen. Darauf ein Kollege: „Was müssen die da oben für eine Angst haben. Ich habe schließlich von denen von der RAF nichts zu befürchten."

Rot Front! Eine Genossin aus Bremen

Unterschriftensammlung der IG Bergbau

Tarnmanöver für Spaltung und Verrat

Letzte Woche führte der Gewerkschaftsapparat der IG Bergbau und Energie auf allen Zechen im Ruhrgebiet eine Unterschriftensammlung „für Kohlekraftwerke" durch. Viele Kumpels haben dabei nicht nur deshalb unterschrieben, weil sie von den Betriebsräten dazu angehalten wurden, sondern weil sie gedacht haben mochten: Kohlekraftwerke? Ja, das ist richtig und ist auch im Interesse der Erhaltung unserer Arbeitsplätze. Sicher, die Forderung „Für Kohlekraftwerke" ist nicht falsch. Auch wir Kommunisten sind für Kohlekraftwerke. Ganz im Gegensatz zu Kernkraftwerken, die in der Hand der Kapitalisten und ihres Ausbeuterstaates eine ungeheure Bedrohung und Gefahr für das arbeitende Volk darstellen. Aber geht es den Bonzen der IG Bergbau wirklich um die Interessen der Werktätigen, um die Verteidigung der Arbeitsplätze der Kumpels auf den Zechen und Kokereien?

Es wäre das erste Mal! Erst vor kurzem wieder haben Adolf Schmidt und Konsorten einen brutalen Angriff der Ruhrkohle AG auf die Arbeitsplätze der Kumpel unterstützt: die Stillegung von fünf Kokereien bis Ende nächsten Jahres wurde von ihnen als „notwendig" bezeichnet und die Gewerkschaftsbonzen in den paritätisch besetzten Aufsichtsräten stimmten dafür. Und wieviel Arbeitsplätze wurden in den vergangenen 15 Jahren im Ruhrbergbau vernichtet? Es sind mehr als 200.000. IGBE-Boß Schmidt rühmte sich sogar selbst schon, daß er und seine Komplizen im Rahmen der Montanmitbestimmung einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet hätten, daß das große Zechensterben in den sechziger Jahren durchgezogen werden konnte, ohne daß es zu großen und für die Kapitalisten gefährlichen Kämpfen dagegen gekommen ist.

Wem dienten denn die Zechenstillegungen? Einzig und allein den Energiekapitalisten, die mit dem damals noch spottbilligen arabischen Öl höhere Profite als mit der Ruhrkohle machen konnten. Die Bonzen der IG Bergbau aber behaupteten, das Zechensterben wäre „im Interesse aller", und es sei „aus wirtschaftlichen Gründen notwendig". Heute wollen die Konzernherren mit der Atomenergie den großen Reibach machen. Dabei interessiert sie die ungeheure Bedrohung, die die AKWs für das Leben und die Gesundheit von Millionen Menschen darstellen, genauso einen Dreck wie die Tatsache, daß dadurch der Ruhrbergbau noch mehr in die Krise gerät und Tausende von Kumpels ihren Arbeitsplatz verlieren. Und wieder sind es die IG-Bergbau-Bonzen, die den Energiemonopolen bei ihren Geschäften auf Kosten der Werktätigen volle Rückendeckung geben. Die Schmidt und Co. gehören zu denen, die mit am lautesten und unverfrorensten Propaganda für den Bau von Kernkraftwerken und das volksfeindliche Bonner Energieprogramm machen. Sie hetzen wie wahnsinnig gegen den gerechten Kampf vieler Werktätiger gegen den Bau von Kernkraftwerken. Es gibt nur wenige Zeitungen, die diese Hetze so unverschämt, so demagogisch und faschistisch betreiben wie das IG-Bergbau-Organ „Einheit". Die „Einheit" steht hier Springers „Bild" in nichts nach.

All das zeigt, daß es nichts als Demagogie und Augenwischerei ist, wenn der Gewerkschaftsapparat der IG Bergbau und Energie sich jetzt als Kämpfer für die Interessen der Ruhrkumpels,als Verteidiger ihrer Arbeitsplätze aufspielt. Schmidt und Konsorten sind nichts anderes als die Agenten der Energiekonzerne, Komplizen der Ruhrkohlekapitalisten. Sie stehen niemals auf der Seite der Arbeiter. Von ihnen haben wir nichts zu erwarten außer Sabotage an unseren Kämpfen und Lüge und Betrug.

Man darf sich durch die Unterschriftensammlung nicht über die wahren Absichten des Gewerkschaftsapparats täuschen lassen. Abgesehen davon, daß eine Unterschriftensammlung für mehr Kohlekraftwerke die Kapitalisten wohl nicht gerade erzittern läßt, abgesehen davon, daß Arbeitsplätze letztlich nicht durch den Bau neuer Kohlekraftwerke erhalten werden, sondern nur durch den unversöhnlichen Kampf der Arbeiter an jedem Punkt, wo die Kapitalisten Arbeitsplätze vernichten wollen, weil sie dadurch ihre Profite erhöhen oder hochhalten können, — der IG-Bergbau-Apparat will ja in Wahrheit mit dieser Unterschriftensammlung gar nicht die Arbeitsplätze der Kumpels verteidigen. Sein Ziel ist es, im Dienst der Kapitalisten die Werktätigen zu spalten und gegeneinander auszuspielen.

So versuchen die Bonzen dem Kumpel einzureden, seine Feinde seien nicht etwa die Konzernherren, nicht die Bosse der Ruhrkohle AG und nicht die Profitgier der Energiemonopole sei es, die Arbeitsplätze im Ruhrbergbau bedrohen! — Nein, der Feind der Kumpels seien vielmehr die Bürgerinitiativen für Umweltschutz, seien die Werktätigen, die gegen den Bau von Kernkraftwerken und gegen das reaktionäre Bonner Energieprogramm kämpfen, seien die Kommunisten, die diesen Kampf konsequent unterstützen. Mit solchen üblen Hetzlügen, mit solch schmutzigen Spaltungsmanövern soll der Widerstand gegen die verbrecherischen Angriffe der Kapitalisten auf die Gesundheit des Volkes abgeblockt werden. So soll der skrupellosen Verwüstung und Verseuchung unserer Umwelt und der Bedrohung unseres und unserer Kinder Leben aus purer Profitgier der Weg gebahnt werden. Die hinterhältige Absicht der Bonzen ist es unter anderem, die Angst um den Arbeitsplatz gegen den Kampf gegen die Umweltverwüstung auszuspielen. Das ist umso niederträchtiger, als sie es gerade sind, die auch jeden Kampf gegen Arbeitsplatzvernichtung, gegen Entlassungen, Stillegungen und Rationalisierungsterror mit allen Mitteln niederhalten und spalten.

So wollen die Schmidt und Konsorten mit ihrer Unterschriftensammlung nichts anderes erreichen als dieses: Die wirklichen Fronten im Klassenkampf zu vernebeln und die Arbeiter darüber zu täuschen, wer ihr Freund und wer ihr Feind ist. Die Kumpels sollen glauben, diejenigen, die gegen die RAG-Kapitalisten und gegen die Umweltverschmutzung kämpfen, seien Gegner von Kohlekraftwerken. In Wahrheit ist natürlich der Kampf gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen genauso wie auch der Kampf gegen die Mißachtung der Erfordernisse des Umweltschutzes im Grunde ein Kampf an derselben Front und gegen denselben Gegner. Der Gegner, das ist das Monopolkapital und insbesondere die Energiekonzerne. Und auch die Ursache des Übels ist in beiden Fragen die gleiche: die Profitgier der Kapitalisten, die Tatsache, daß in diesem Staat die Profitinteressen der Monopole alles, die Lebensinteressen des werktätigen Volkes und der Arbeiter dagegen so gut wie nichts zählen.

Belegschaftsversammlung bei Opel Bochum

Am 6. Oktober war bei Opel in Bochum im Werk 1 Belegschaftsversammlung. Sie stand unter dem Vorzeichen der Anfang nächsten Jahres stattfindenden Betriebsratswahl. Die um den berüchtigten Arbeiterverräter Perschke gescharte offen reaktionäre Betriebsratsmehrheit versuchte, von ihren schmutzigen Handlangerdiensten für die Opel-Bosse abzulenken und ein gutes Bild als „Arbeitnehmervertreter" zu machen. Aber diese Rechnung ging nicht auf.

Perschke und Co. glaubten zunächst, diesmal hätten sie relativ leichtes Spiel. Denn einige Wochen zuvor war es ihnen gelungen, in der „GOG" (Gruppe oppositioneller Gewerkschafter), die trotz der Bezeichnung „oppositionell" eine stark schwankende und versöhnlerische Haltung gegenüber dem DGB-Apparat und der Perschke-Clique hat, in der Frage der Sonderschichten einen Einbruch zu erzielen. Unter dem Druck der Opel-Kapitalisten und der offen reaktionären Betriebsratsmehrheit hatte die Betriebsratsfraktion der „GOG" (immerhin 12 Betriebsräte) schändlich kapituliert und sich, anstatt die beantragten Sonderschichten abzulehnen, der Stimme enthalten. Dadurch fühlte sich die Perschke-Clique stark und glaubte, sie könnte ihre reaktionäre Demagogie auf dieser Versammlung ohne große Störungen vom Stapel lassen.

Sie hatte sich geirrt. Mehrere Kollegen traten auf, stellten klar, daß die Sonderschichten nur den Kapitalisten nützen und griffen den Betriebsrat wegen seines Verrats in diesem Punkt an.

Ein Kollege prangerte scharf die schmutzige Methode der Opel-Kapitalisten an, die 400 Mark Prämie für die Sonderschichten aussetzten, um dadurch praktisch die Kollegen, die das Geld dringend brauchen, zu erpressen. Der Kollege stellte klar, daß es im Gegensatz zu dem Geschwätz der GOG, die der Belegschaft die Schuld für ihr eigenes Versagen zuschieben wollte, nicht wahr ist, daß die Mehrheit der Belegschaft die Sonderschichten befürwortete. „Ich kenne keinen Kollegen, der sich für mehr Arbeit ausgesprochen hätte. Ich kenne keinen, dem die Arbeit bei Opel soviel Freude und Entspannung bringt, daß er freiwillig auf 'nen Samstag hierher kommt. Ich kenne nur Kollegen, die sagen: ‚Wir brauchen mehr Geld!'"

Der Kollege erinnerte daran, daß noch vor den Werksferien Hunderte Kollegen auf Opel gegen die Sonderschichten und für Arbeitszeitverkürzung demonstriert hatten. Er entlarvte außerdem auch die üblen Methoden der Perschke-Clique, mit denen sie der Belegschaft die Sonderschichten aufgezwungen hatte und wie Perschke und Konsorten die Kollegen überrumpelt hatten. Und der Kollege stellte klar: Konsequente Vertreter der Belegschaft hätten auf jeden Fall im Betriebsrat gegen die Sonderschichten gestimmt.

Dieser Kollege, wie auch andere Kollegen, die einen ähnlichen Standpunkt vertraten, erhielt viel Beifall. So war schließlich der Sprecher der GOG-Betriebsratsfraktion sogar gezwungen, vor der Versammlung zuzugeben: die „Zündkerze" (Betriebszeitung der KPD/ML) habe von Anfang an die Sonderschichten konsequent bekämpft und sei damit im Recht gewesen.

Kontaktsperrengesetz

Über 90 politische Gefangene in Isolationshaft

Jetzt sind es schon über 90 politische Gefangene, die aufgrund des neuen Bonner Terrorgesetzes in den Gefängnissen total isoliert werden, die weder mit ihren Mitgefangenen noch mit ihren Anwälten Kontakt aufnehmen, noch Besuch ihrer Verwandten empfangen dürfen, denen sogar die Möglichkeit genommen wurde, durch Briefe Verbindungen zur Außenwelt zu unterhalten. Völlig willkürlich haben die Herren im Bonner Justizministerium diese vollständige Isolationshaft über alle diejenigen verhängt, die, egal ob verurteilt oder in Untersuchungshaft, von ihnen zu sogenannten Terroristen erklärt wurden.

Zwei Voraussetzungen für die Anwendung haben sich die Herren in ihr Terrorgesetz geschrieben. Die eine ist das Bestehen einer „gegenwärtigen Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit einer Person", die andere ist der „Verdacht, daß diese Gefahr von einer terroristischen Vereinigung ausgeht." Mit der Person, deren Leib usw. gegenwärtig in Gefahr ist, meinen sie Schleyer, der irgendwo von seinen Entführern versteckt gehalten wird. Und ausgerechnet von den Gefangenen soll eine solche Gefahr ausgehen? Das glauben die Herren in Bonn natürlich selbst nicht, genausowenig wie sie glauben, daß diese 90 Gefangenen in Verbindung mit den Entführern gestanden hätten. Nehmen wir nur Horst Mahler, der jetzt in Berlin in Isolationshaft gehalten wird. Von ihm ist seit langem bekannt, daß er sich von der RAF und ihrer Politik losgesagt hat. Trotzdem wird das Terrorgesetz auf ihn genauso angewandt wie auf unzählige andere, die überhaupt nie mit der RAF in Verbindung gestanden haben.

Oder nehmen wir Volker Speitel und Rosemarie Pries, die in der vorigen Woche verhaftet und sofort isoliert wurden. Weder ihre Angehörigen noch ihre Anwälte wissen bis zum heutigen Zeitpunkt irgendetwas über ihren Verbleib oder auch nur, wessen sie angeklagt sind. Wir haben den Fall Poensgen noch in sehr guter Erinnerung. Damals ist auch jemand mit falschen Anschuldigungen verhaftet worden und im Gefängnis verschwunden. Und es war nur der sofortigen Aktivität der Anwälte, die noch „gedächtnisfrische" Alibizeugen aufspürten, zu verdanken, daß Eleonore Poensgen schließlich wieder entlassen werden mußte.

Aber was würde denn heute, unter den Bedingungen der Anwendung des Kontaktsperregesetzes mit einer solchen Gefangenen geschehen? Sie hätte nicht die geringste Möglichkeit, den falschen Anschuldigungen entgegenzutreten, wäre der Willkür des Staatsapparates vollkommen ausgeliefert und könnte beliebig lange hinter Gefängnismauern isoliert werden.

Zensur in der Amerika-Gedenkbibliothek in Westberlin

„Eine Zensur findet nicht statt", heißt es bekanntlich im Grundgesetz. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Das bekommen nicht nur die Redakteure revolutionärer Zeitungen, die Verfasser fortschrittlicher Bücher zu spüren, sondern immer mehr auch die Leser.

So existiert — wie jetzt der „Stern" enthüllte, in der Amerika-Gedenkbibliothek in Westberlin eine schwarze Liste von Büchern, die nach Ansicht der Bibliotheksleitung gegen die bestehenden Gesetze, unter anderem auch den § 88 a, verstoßen. Laut interner Dienstanweisung dürfen danach folgende Bücher nicht mehr ausgeliehen werden: „Im Handel erhältliche, aber gar nicht oder nur unzureichend kommentierte Schriften aus Ost- und Westverlagen mit nationalsozialistischem, sozialistischem und kommunistischem Gedankengut." (Sogar der „Stern" entrüstet sich in seinem Artikel darüber, daß hier faschistische Bücher in eine Reihe mit kommunistischen gestellt werden!)

Offen droht die Bibliotheksleitung allen Angestellten, die diese Zensur nicht mitmachen wollen: „Festgehalten werden muß, daß nicht die Bibliothek als Institution gegen die Gesetze verstoßen kann, sondern immer nur der einzelne Bibliothekar." Es werde „im Zweifelsfall der eigenmächtig am Pult entscheidende Ausleihbibliothekar strafrechtlich verfolgt."

Und der Leser? Wer als Leser nach einem dieser Bücher, die die Bibliotheksleitung auf die schwarze Liste gesetzt hat, verlangt, der wird zu einem „aufklärenden Gespräch" mit einem Fachbibliothekar geladen. Wie sagte doch Erich Weinert? „Eine Zensur findet nicht staat — nur wenn der Staat es dringend nötig hat."

Justizterror gegen Anwälte

Letzte Woche wurde der letzte Anwalt des Büros von Rechtsanwalt Croissant, Arndt Müller, verhaftet. Dies ist der vorläufige Höhepunkt einer Kampagne gegen Rechtsanwälte, die die Verteidigung von politischen Häftlingen übernommen haben.

Laut Bundesanwaltschaft wird ihm die „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" nach § 129a vorgeworfen. Konkrete Angaben mag die Bundesanwaltschaft aber nicht machen. Statt dessen hört man: Verdächtig gemacht habe er sich durch die häufigen Besuche bei den Häftlingen der RAF. Es scheint so, als ob sich inzwischen jeder Rechtsanwalt, der sich intensiv um seine Mandanten kümmert, der Komplizenschaft mit ihnen verdächtig macht.

Vor allem „verdächtig" gemacht hat er sich wohl, weil er in dem Büro Croissant gearbeitet hat. So ist seine Verhaftung im Zusammenhang zu sehen mit der von Rechtsanwalt Newerla und dem Auslieferungsersuchen im Falle Croissant. Alle Anschuldigungen sind nach der gleichen Methode aufgebaut: Es bestünde der „dringende Verdacht", das Rechtsanwaltsbüro sei eine „Einsatzreserve" der RAF. Das Büro sei wissentlich Mitgliedern einer „kriminellen Vereinigung" zur Verfügung gestellt worden, und Rechtsanwalt Newerla habe sich gar der „verfassungsfeindlichen Befürwortung von Straftaten" schuldig gemacht. Diese ganze Hetze der Bundesanwaltschaft dient nur dazu, die „Rechtmäßigkeit" ihrer Jagd auf fortschrittliche Anwälte zu „beweisen". In Wirklichkeit bestehen die „Verbrechen" der Rechtsanwälte in ihren Augen gerade darin, daß sie sich intensiv um die Betreuung der politischen Gefangenen gekümmert haben, daß sie die Isolationshaft und die anderen Machenschaften dieser Klassenjustiz angeprangert haben. Deshalb will die Justiz sie auch zum Schweigen bringen.

Damit ihre dunklen Machenschaften nicht ans Licht kommen, haben sie die Verhaftung Müllers nach dem neuen „Kontaktverbotsgesetz" vorgenommen, das jeden hilflos den Fängen der Justiz ausliefert, da er völlig rechtlos ist. Weiterhin haben sie, um ihr Vorgehen zu rechtfertigen, auch international eine maßlose Hetze gegen die Anwälte, die politische Gefangene verteidigen, entfacht. Auf diese Hetze sind natürlich auch die Reaktionäre anderer Länder sofort angesprungen. Die Zeitung „Figaro" bezeichnete daraufhin Rechtsanwalt Croissant als „Rechtsanwalt des Teufels".

Dieses ungeheuerliche Vorgehen gegen fortschrittliche Rechtsanwälte dient allein dazu, die noch vorhandenen „Rechte" zunichte zu machen und die übrigen fortschrittlichen Anwälte einzuschüchtern.

Faschistische Mordpropaganda im Fernsehen

„Man müßte die inhaftierten Terroristen an die Wand stellen und alle zehn Minuten einen abknallen. Solange, bis Schleyer wieder frei ist. Ich würde mich dazu freiwillig melden und die meisten meiner Gruppe auch." Millionen wurden am Montag Zeuge dieser faschistischen Bluthetze. Denn der Sprecher einer Kölner Bürgerwehr, der hier unverhohlen verkündete, daß er und seinesgleichen nur auf den Tag warten, wo sie in die Fußstapfen von Hitlers KZ-Schergen treten und Revolutionäre, Gefangene kaltblütig ermorden können, brauchte das nicht im Verborgenen tun. Eine staatliche Fernsehanstalt gab ihm die Gelegenheit, seine Mordpropaganda im ganzen Land zu verbreiten. So geschehen in „Monitor" am letzten Montag.

Viele Werktätige wird das Entsetzen gepackt haben, als sie diese Sendung sahen. Entsetzen angesichts dieses modernen KZ-Schergen. Entsetzen angesichts der Tatsache, daß weder der Interviewer dieses Faschisten, noch der Moderator auch nur im geringsten empört waren über diesen Faschisten. Entsetzen aber auch deshalb, weil sich diesmal keiner der „Demokraten" aus den Reihen der bürgerlichen Parteien, aus den Reihen der Staatsanwälte und Richter, die bei jeder noch so kleinen Kritik an den Zuständen in der Bundesrepublik, sofort mit Protesten und Anzeigen zur Hand sind, auch nur mit einem Wort vernehmen ließ.

Denn was ist dieses Schweigen anderes als eine stillschweigende Billigung?

Was zeigt dieses Schweigen anderes als die geistige Verwandtschaft zwischen diesen neuen Nazis und den Vertretern „unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung", die Schritt für Schritt die Faschisierung vorantreibt? — Im Kampf gegen die neuen Nazis, darin hat „Monitor" am Montag seinen Zuschauern eine Lektion erteilt, können die Werktätigen nicht auf Unterstützung durch die bürgerlichen Parteien und die staatlichen Behörden hoffen. Im Gegenteil. Ihr Kampf muß sich auch gegen sie richten.



KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

MÜNCHEN

Am 3. 10. 77 verurteilte das Oberste Bayrische Landesgericht in München den Kommunisten Klaus Singer zu einem Jahr Gefängnis ohne Bewährung. Es entsprach damit dem Antrag der Staatsanwaltschaft, die das alte Urteil — ein Jahr Gefängnis mit Bewährung — angefochten hatte (siehe dazu RM Nr. 39). In ihrem Plädoyer in diesem Prozeß ging die Staatsanwaltschaft sogar so weit, gleich zu fordern, daß Genosse Klaus seine gesamte Haftzeit im Gefängnis verbringen müsse, ihm die sonst übliche Aussetzung des letzten Drittels der Strafe nicht gewährt werden dürfe.

Die Partei hatte in Rüsselsheim, dem Heimatort des Genossen Klaus, vor dem Prozeß den Kampf gegen dieses zu erwartende Terrorurteil geführt. 3.000 persönliche Erklärungen von Klaus wurden verteilt, Parolen gemalt, mit einem Flugblatt zu einer Solidaritätsveranstaltung „Freiheit für Klaus Singer" aufgerufen. Zu dieser Veranstaltung kamen am 1. 7. 77, zwei Tage vor dem Prozeß, ca. 50 Freunde und Genossen. 653 DM wurden zur Unterstützung von Klaus gesammelt.

HOHE HAFTSTRAFEN WEGEN BUBACK-ARTIKEL

Wegen eines einzigen Artikels zum Tode Bubacks, der in mehreren Zeitungen und Flugblättern abgedruckt war, hat die bürgerliche Klassenjustiz mehrere Mitglieder und Sympathisanten des KBW mit ungeheuerlichen Haftstrafen belegt oder sie angezeigt. In **Karlsruhe** wurde Eva Detscher, presserechtlich Verantwortliche für eine Betriebszeitung des KBW, zu sechs Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Ebenfalls sechs Monate ohne Bewährung Strafe erhielt in **Hanau** der Lehrer Hartmut B. Drei Zeugen des Staatsanwalts beeideten, Hartmut B. habe öffentlich Buback als „höchstbezahlten und größten Verbrecher der Bundesrepublik" bezeichnet. Vier Zeugen der Verteidigung beeideten das Gegenteil. Ihre Aussagen wurden einfach unter den Tisch gekehrt: Richter Buschbeck: Diese Zeugen seien ebenfalls Mitglieder des KBW, sie „ziehen am selben Strick wie der Angeklagte". Im Klartext kommt das einer Anzeige wegen Meineides gleich.

Ebenfalls wegen eines Buback-Artikels des KBW wurde in Göttingen Anklage gegen den Studenten Andreas Sch. wegen „Volksverhetzung" erhoben.

NÜRNBERG

Der Leiter des „Politladens" in Erlangen wurde wegen „Verunglimpfung des Staates" zu zwei Jahren Haft verurteilt. Angeblich habe er in seinem Buchladen Broschüren vertrieben, die den Staat „verunglimpften" und „Verbrechen von Terroristen verherrlichten".

FREIBURG

Die Freiburger Polizei nahm eine Plakatieraktion des KBW gegen die Verbotsdrohungen der Bourgeoisie gegen KPD/ML, GRF und KBW zum Anlaß, um mit 20 Polizisten das Freiburger KBW-Büro zu überfallen und zu durchsuchen. 3.500 Plakate und Aufkleber gegen den Verbotsantrag wurden beschlagnahmt.

KÖLN

Peter Bellinghausen, der vom berüchtigten Kölner Richter Somoskeoy zusammen mit vier anderen Antifaschisten zu einer hohen Gefängnisstrafe verurteilt worden war, wurde in der Kölner Volkshochschule bei einem Vortrag verhaftet und ins Gefängnis Ossendorf verschleppt.

Spenden

Spenden für den „Roten Morgen":

26.8.	Gen. aus Dortmund	10.000,00
30.8.	B. B., Dortmund	10,00
13.9.	R. K., Dortmund	34,50
19.9.	RM-Pressefest, Stuttgart	1.807,00
20.9.	B. L., Münster	5,00
22.9.	W. K., Essen	10,00
26.9.	Kunden des Buchladen Roter Morgen, Bremen	62,00
	gesamt:	11.928,50

Spenden für den „Roten Morgen"

bitte einzahlen auf die Konten: Vorstand der KPD/ML (Spendenkonto), Stadtsparkasse Dortmund, Kto-Nr. 321004547 und KPD/ML-Spendenkonto, PSchKto. Nr. 64 20-467, PSchA Dortmund.

Stichwort: Solidarität

Lest die Zeitung der Roten Hilfe Deutschlands



Nr. 9 Okt/Nov. 1977 Zeitung der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS

Rote Hilfe

Der Kampf der ROTEN HILFE wird dazu beitragen, daß es nicht gelingen wird, die Kommunisten mundtot zu machen.
(Aus dem Programm der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS)

Der Kommunismus lässt sich nicht verbieten! Weg mit dem Verbotsantrag!

DIE RHD RUFT DAZU AUF, DEN KAMPF GEGEN DIESE VERBOTSDROHUNGEN ZU UNTERSTÜTZEN!

- Unterstützen wir die Initiative der KPD/ML, des KBW und der KPD durch unsere Beteiligung an allen geplanten Aktivitäten!
- Jeder Rote Helfer muß es sich zur Aufgabe machen, diesen Verbotsdrohungen entschlossen entgegenzutreten
- Versuchen wir alle, möglichst viele Menschen aus unserem Bekanntenkreis auf vielfältige Weise zur Mithilfe zu gewinnen
- Spendet für die Finanzierung des Kampfes! (Spendenkonto der RHD: Stadtsparkasse Dortmund, Nr. 201 007 097, H. Held)

Die Zeitung der RHD erscheint zweimonatlich zum Preis von DM 0,40. Abonnement für 1 Jahr DM 6,00

Diese Ausgabe der Zeitung der Roten Hilfe Deutschlands steht unter dem Leitthema „Antifaschisten werden verfolgt — Faschisten werden freigesprochen". Sie enthält unter anderem Artikel zu:

- **Geplanten Antifaschistenprozessen in Kiel und Hamburg**
- **Hoffmann-Prozeß in Tübingen**
- **Maidanek-Prozeß in Düsseldorf**
- **Urteil gegen die Antifaschisten in Köln**

Bestellungen an:
Zentrale Leitung der RHD, Stollenstr. 12, 4600 Dortmund, und: GEWISO-Buchvertrieb, Postfach 50 05 68, 2000 Hamburg 50.

Aus aller Welt

MOSAMBIK/SIMBABWE

„Eine bewaffnete Aggression großen Ausmaßes" gegen Mosambik haben die rhodesischen Rassisten unternommen. So heißt es in einer Regierungsmitteilung aus Mosambik. Die Aggressoren haben ihren Angriff auf breiter Front vorgetragen. Sie hatten dabei Unterstützung aus der Luft. Es wurden auch Fallschirmjäger über Mosambik abgesetzt. So kam es in mehreren Grenzgebieten, vor allem in der nördlichen Provinz Tete zu schweren Kämpfen.

Nach Mitteilung der Regierung in Maputo konnten die Angreifer von den regulären Streitkräften und Volksmilizen über die Grenze zurückgeworfen werden. Sie halten nur noch einige kleine Widerstandsnester. Dieser Überfall ist nicht der erste, den die rhodesischen Rassisten gegen das Nachbarland verüben. Mit der dreisten Arroganz, die diesen Banditen eigen ist, nehmen sie sich das „Recht" heraus, nach Belieben jenseits der Grenzen zu operieren, um, wie sie sagen, „Stützpunkte der Terroristen" anzugreifen und zu zerstören. Terroristen, damit meinen sie die simbabwischen Patrioten, die in ihrem gerechten Kampf zum Sturz des Rassisten-Regimes die Unterstützung des Volkes von Mosambik erhalten.

Die Tatsache, daß die Truppen des Smith-Regimes nicht nur blutige Ausrottungsfeldzüge gegen das Volk von Simbabwe (Rhodesien) unternehmen, sondern auch in die Nachbarländer einfallen, zeigt ihren zutiefst reaktionären Charakter, zeigt, daß sie nicht bereit sind, auch nur das kleinste Zugeständnis an das von ihnen unterjochte simbabwische Volk zu machen, daß sie bereit sind, ihre Terrorherrschaft mit allen Mitteln zu verteidigen.

Die Diplomaten Washingtons und Londons aber, die schon seit Monaten auf Dauerreise im südlichen Afrika sind, wollen dem namibischen Volk und den bewaffneten Kräften der Patrioten einreden, es gäbe eine „friedliche Lösung" der Verständigung mit dem Smith-Regime. Sie machen jetzt Stimmung für eine angebliche Verhandlungsbereitschaft des Rassisten-Chefs. Aber wie sieht denn diese angebliche Bereitschaft aus? Smith hat einige Andeutungen darüber gemacht, daß er den Schwarzen das Wahlrecht geben will. Aber was er verlangt, und in dieser Forderung wird er von Washington und London unterstützt, ist die Auflösung der bewaffneten Verbände der Patrioten. Was ist das anderes als eine plumpe Aufforderung zur Kapitulation? Aber die Patrioten Simbabwes werden niemals die Waffen aus der Hand legen. Sie wissen, daß sie ihre Befreiung nur dann erlangen können, wenn sie im bewaffneten Kampf ausharren, wenn sie das rassistische Regime zerschlagen und die Imperialisten, die Hintermänner dieses Regimes aus dem Land verjagen.

PALÄSTINA

Die palästinensischen Partisanen haben ihre Aktionen gegen die bewaffneten Kräfte der israelischen Zionisten weiter verstärkt. Ein Verband palästinensischer Partisanen stellte einer israelischen Einheit in der Nähe des Hermonberges einen Hinterhalt. Bei dem heftigen Gefecht wurde ein zionistischer Offizier getötet, drei weitere wurden verletzt. Die palästinensischen Partisanen unternahmen außerdem eine Aktion am westlichen Jordanufer, wo sie ein Sprengstoffdepot der Zionisten in die Luft jagten.

Diese mutigen Aktionen zeigen, daß der Kampfwillen des palästinensischen Volkes ungebrochen ist. Die Zionisten, die täglich Angriffe auf den Südlibanon unternehmen, die die Grenze zum Libanon immer stärker befestigen, versuchen den Eindruck zu erwecken, als seien die Aktionen der Partisanen auf dem Boden Palästinas das Werk von Kommandos, die aus dem Libanon über die Grenze kommen. Aber die Tatsache, daß trotz der Befestigung der Grenze die Aktionen der Partisanen zunehmen, die Massendemonstrationen, Streiks und Boykotts in den besetzten Gebieten anwachsen, zeigt, daß es die unter dem Besatzungsjoch der Zionisten lebenden Palästinenser sind, von denen der Widerstand ausgeht. Sie waren niemals bereit, das Joch der Zionisten zu erdulden. Und sie werden, welche Komplotte auch immer die Supermächte und das Regime in Tel Aviv aushecken mögen, ihren Kampf fortsetzen, bis Palästina befreit und sie selbst die Herren in ihrem Land sind.

USA

Die etwa 50.000 Hafenarbeiter in den Häfen der amerikanischen Ostküste sind am vorletzten Wochenende in den Streik getreten, um ihrer Forderung nach einer Erhöhung ihrer Löhne Nachdruck zu verleihen. In den letzten Monaten waren es Hunderttausende von Arbeitern der Stahlindustrie, aus den Bergwerken, den Automobilkonzernen usw, die in den Streik getreten sind, um gegen die ständige Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen zu kämpfen.

PANAMA

Den Wagen des US-Botschafters in Panama haben Studenten auf dem Universitätsgelände in Panama umgestürzt und in Brand gesteckt. Der amerikanische Botschaftsrat Gonzales konnte sich gerade noch aus dem brennenden Fahrzeug retten. Diese Aktion der Studenten ist ein Ausdruck des tiefen Hasses der Panamesen gegen die USA-Imperialisten, die schon sein Anfang dieses Jahrhunderts einen Teil des Landes, nämlich die Kanalzone, besetzt halten. Ihre Truppen, die sie dort stationiert haben, dienen nicht nur der Aufrechterhaltung ihrer direkten Herrschaft über einen Teil des Landes und der Kontrolle über den anderen. In der Kanalzone liegen auch die amerikanischen Ausbildungszentren, in denen die faschistischen Offiziere Lateinamerikas, wie etwa der chilenische General Pinochet, ihren letzten Schliff erhalten.

Deshalb ist die amerikanische Herrschaft über die Kanalzone auch ein Ausdruck ihrer Kontrolle über den ganzen Kontinent. Die Aktion der panamesischen Studenten zeigt auch, daß sich die Volksmassen nicht täuschen lassen durch das neue Kanalabkommen, das kürzlich von Carter und der Regierung Panamas mit großem Propagandaaufwand abgeschlossen wurde. Denn wenn auch in diesem Abkommen die Rede davon ist, die besetzte Zone zu verkleinern und ein späterer Abzug der Amerikaner in Aussicht gestellt ist, so bleibt doch eine Tatsache, daß die amerikanischen Truppen nach wie vor als Besatzer in Panama stehen und daß sie sich auch in den neuen Vertrag das „Recht" haben hineinschreiben lassen, jederzeit, wenn sie es für richtig halten, militärisch in Panama einzugreifen.

Nahost-Erklärung der Supermächte

Einig gegen die arabischen Völker

Von tiefer Verbitterung sprachen die israelischen Zionisten. Sie beschworen den Notstand und kündigten die Möglichkeit der Bildung einer „Regierung der nationalen Einheit" an. Der Grund für ihre Erregung? Die Chefs der amerikanischen und russischen Diplomatie hatten eine gemeinsame Nahost-Erklärung verabschiedet. Und nicht nur die Begin, Dayan und Co. sahen darin einen Verrat der amerikanischen „Schutzmacht". Auch ihre Freunde im Ausland wurden aktiv. So konnte man in der „Bild"zeitung über die Erklärung lesen: „Ein Diktat. Für Israel bedeutet es Selbstmord." Und warum? „Die Israelis sollen sich mit Vertretern des palästinensischen Volkes an einen Tisch setzen."

Aber ist es denn so, daß die beiden Supermächte die gerechten Bestrebungen dieses Volkes unterstützen, nur weil sie am Verhandlungstisch ihrer Genfer Konferenz auch Palästinenser sehen wollen? Ist es so, daß sie jetzt, wie es in ihrer Erklärung heißt, eine „gerechte Regelung im Nahen Osten" anstreben?

Gerechte Regelung? Angesichts der Tatsache, daß die israelischen Zionisten das Land des palästinensischen Volkes geraubt und den größten Teil dieses Volkes vertrieben haben, angesichts der Tatsache, daß ihre Besatzertruppen nach wie vor auf dem syrischen Golan und im ägyptischen Sinai stehen, angesichts der Tatsache, daß sie täglich ihre Terrorbomber über die Dörfer des Südlibanon schicken und ihre Panzer dort rollen lassen, angesichts all dieser Tatsachen ist wohl mehr als deutlich, wer einer „gerechten Regelung" im Weg steht: die Zionisten.

Aber kein Wort davon in der Erklärung der Supermächte. Kein einziges Wort auch zur Verurteilung ihrer Verbrechen. Ja, diese Erklärung nimmt nicht einmal die von der UNO unzählige Male wiederholte Forderung nach einem Rückzug der israelischen Zionisten aus den 1967 besetzten Gebieten auf.

Stattdessen werden die arabischen Völker aufgefordert, „normale, friedliche Beziehungen" zu ihren Todfeinden, den zionistischen Aggressoren, aufzunehmen, zu den Banditen, die ihre Länder mehrere Male mit einem blutigen Eroberungskrieg überzogen haben. Und das soll Verrat sein an den Interessen der zionistischen Räuber? Das ist eine zynische Verhöhnung ihrer Opfer. Und unter dieses Dokument hat Gromyko, der Chef der russischen Diplomatie, seine Unterschrift gesetzt. Das allerdings ist Verrat, Verrat an den arabischen Völkern, als deren treue Freunde sich die russischen Sozialimperialisten so gerne hinstellen. Verrat vor allem am palästinensischen Volk und seiner Befreiungsbewegung. Die von Gromyko unterschriebene Erklärung leugnet vollständig die Tatsache, daß allein die PLO die rechtmäßige Vertreterin des palästinensischen Volkes ist.

Was wollen die Supermächte mit ihrer Erklärung? Wie sie selbst betont haben, soll damit der Startschuß gegeben werden für die Wiedereinberufung der Genfer Nahost-Konferenz noch in diesem Jahr. Und auf dieser Konferenz wollen sie der arabischen Seite die reaktionäre Linie ihrer gemeinsamen Erklärung aufzwingen, wollen sie erreichen, daß die Araber den Zionistenstaat anerkennen, daß sie auf jeden Versuch der Befreiung der besetzten Gebiete verzichten und darauf hoffen, daß durch den angeblichen Druck der Supermächte den Zionisten das eine oder andere Zugeständnis abgerungen wird. Warum bestehen denn Washington und Moskau darauf, auch Palästinenser an den Verhandlungstisch in Genf zu bringen? Doch nur deswegen, weil sie vor allem eine palästinensische Unterschrift unter ihr Komplott der Anerkennung Israels und der Sicherung seiner Grenzen haben wollen.

Aber das palästinensische Volk hat nicht unter schweren Opfern seine bewaffneten Kräfte aufgebaut, hat nicht seit mehr als einem Jahrzehnt den revolutionären Befreiungskampf geführt, um sich jetzt mit einem Federstrich entwaffnen zu lassen. Die palästinensischen Patrioten werden den Kampf fortführen, und sie werden dabei die Unterstützung der revolutionären Völker der Welt haben.

KSZE - Folgetreffen in Belgrad

Fortsetzung der Unsicherheitskonferenz

Fortsetzung von Seite 1

ten. Diese Rivalität der beiden Supermächte ist seit der Konferenz von Helsinki zu einer noch größeren und gefährlicheren Bedrohung der Völker der Welt geworden.

Nicht die Völker Europas sitzen in Belgrad am Konferenztisch, sondern unter dem Diktat der beiden Supermächte sitzen dort sowohl die westliche imperialistische Bourgeoisie als auch die östlichen Lakaien der Sozialimperialisten. Hier wird nicht um Frieden und Sicherheit für die Völker verhandelt. Es werden Komplotte gegen den revolutionären Klassenkampf, gegen den Kampf der Völker, gegen die sozialistischen Länder geschmiedet. Es werden Absprachen getroffen, um den Kampf der Völker zur Befreiung vom Joch des Imperialismus zu ersticken. Deutlich wird dies auch an der jüngsten Erklärung, die von den USA und der Sowjetunion gemeinsam zum Nahen Osten herausgebracht wurde. Sie sind die größten Feinde der Völker, die sich aber auch nicht scheuen, in ihrem Kampf um Vorherrschaft auf dem Rücken der Werktätigen einen Krieg gegeneinander anzuzetteln.

Die Geschichte hat schon oft bewiesen, daß alle Verträge, die zwischen Imperialisten geschlossen wurden, für diese wertlose Fetzen Papier sind, wenn sie ihrem imperialistischen Streben entgegenstehen. So wurden z. B. auch die Verträge von Versaille, Locarno, München und andere gebrochen und Ausgangspunkte von Aggressionen. Die Völker mußten diese Verträge teuer mit ihrem Blut bezahlen. Je mehr die Imperialisten von Frieden reden, um so mehr rüsten sie für den Krieg. Das wissen wir auch von den Faschisten, die 1939 noch einen „Parteitag des Friedens" durchführen wollten, den Krieg aber schon längst geplant hatten. Das wissen wir von den SU-Imperialisten, die — kurz nachdem Breschnew in Bratislawa ein Dokument, in dem der Gewaltverzicht hochgelobt wurde, unterzeichnet hatte — die CSSR überfielen. Das wissen wir genauso von den US-Imperialisten, die Dutzende Male Verträge, die die Unantastbarkeit der Grenzen enthielten, unterschrieben und dennoch ständig in andere Länder einfielen, um ihre Herrschaft dort zu errichten, ob es nun Korea, Vietnam oder San Domingo war.

Die Völker Europas und der ganzen Welt sehen aber gerade an diesen Beispielen, daß sie weder bei den amerikanischen noch bei den russischen Imperialisten Hilfe finden können, daß sie ihr Schicksal weder einer einzelnen Supermacht noch den Verhandlungen zwischen beiden anvertrauen dürfen, daß sie nur im entschiedenen revolutionären Kampf gegen beide und deren Verbündeten und Lakaien siegen können.

In Westdeutschland sind es die modernen Revisionisten der DKP und andere, die einen großen pazifistischen Friedensrummel anläßlich dieser Konferenzen veranstalten, um den Geist der Unterordnung unter die Imperialisten in die Massen zu tragen. Es geht ihnen aber nicht nur darum, die Werktätigen gegenüber den Kriegsvorbereitungen einzuschläfern und wehrlos zu machen, sondern auch darum, den Klassenkampf hier zu sabotieren. So behaupten sie, die Komödie von Helsinki und Belgrad diene zum „Austausch" und der „besseren Verständigung mit allen Völkern" und sei „damit eine Schwächung der reaktionären Kräfte in unserem Land". Die Tatsachen sprechen eine andere Sprache. Weder haben diese Verträge die reaktionären Kräfte in unserem Land geschwächt (man denke nur an die neuesten Terrorgesetze), noch hat sich die Situation der Völker Europas verbessert. Im Gegenteil, die Länder des Ostens stehen noch mehr unter dem Militärstiefel der Sowjetunion und werden ausgeplündert, auch im Westen versucht der US-Imperialismus seine Macht zu festigen. Aber auch die westdeutschen Imperialisten versuchen sich nach vorn zu schieben und ihren Einfluß auf dem Rücken der Völker zu erweitern. Nicht umsonst beteiligen sie sich lauthals an solchen Konferenzen und betonen, daß die Stimme Deutschlands wieder Gewicht hat. Natürlich hat diese Stimme im imperialistischen Gerangel Gewicht, immerhin hat sich die Bundesrepublik zur drittstärksten Macht nach den Supermächten gemausert.

Die gesamten westeuropäischen Staaten sind von den USA darauf vereinheitlicht worden, die Frage der Menschenrechte in den Mittelpunkt zu stellen. Durch massive propagandistische Angriffe auf die „inhumanitäre Haltung der Sowjetunion" wollen sie eine proamerikanische Stimmung erzielen, um ihre eigenen finsteren Machenschaften zu vertuschen. Die Sowjetunion zahlt daraufhin natürlich mit gleicher Münze zurück, so prangert sie z. B. die Rassendiskriminierung in den USA an, um von ihren eigenen Verbrechen abzulenken. Diese ganze Kampagne um die sogenannten Menschenrechte, die natürlich von keiner imperialistischen Macht geachtet werden, ist vor allem eine gefährliche chauvinistische Propaganda. Jede Supermacht beklagt die Verbrechen der anderen, um sich selbst als Retter und Befreier anzubieten. Gerade deshalb wird diese Kampagne auch von beiden Seiten so erbittert geführt.

Dies alles zeigt: Die einzig richtige Haltung zu solchen Konferenzen nehmen die marxistisch-leninistischen Parteien aller Länder ein, die schon immer diese Konferenzen als Komplotte der Imperialisten gegen die Werktätigen und die Völker der Welt entlarvt haben. Die SVR Albanien, die sich als einziges europäisches Land auch in Helsinki schon nicht beteiligte, sagte damals dazu: „Die unter der Leitung der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika manipulierten und abgeschlossenen Vereinbarungen, Verträge, Zugeständnisse und Kompromisse können niemals, weder auf regionaler noch auf internationaler Ebene, zur Festigung des Friedens und der Sicherheit beitragen."

Der wirkliche Frieden und die wirkliche Sicherheit für die Völker können nur erreicht werden durch ihren entschlossenen revolutionären Kampf gegen den Imperialismus und die beiden Supermächte.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Italien
Kampf gegen den Mordterror der faschistischen Banden

Am 30. September hat ein faschistisches Mordkommando in Rom auf offener Straße heimtückisch den zwanzigjährigen jungen Revolutionär Walter Rossi erschossen. Der feige Mordanschlag hat überall in Italien große Empörung hervorgerufen.

In Rom, Mailand, Bologna, Florenz, Turin, Neapel und vielen anderen Städten gingen Zehntausende von Arbeitern, anderen Werktätigen und vor allem Jugendlichen auf die Straße. Die empörten Massen beschränkten sich nicht darauf, friedlich zu demonstrieren. Sie waren entschlossen, die Büros der faschistischen Partei MSI und ihre Versammlungslokale anzugreifen und taten es auch. In Rom gingen drei Büros der Faschisten in Flammen auf. Und auch in anderen Städten gelang es den Demonstranten, mehrere Treffpunkte der MSI anzugreifen und zu zerstören.

Die militanten Kämpfe der italienischen Werktätigen gegen die neofaschistischen Banden sind vollkommen gerechtfertigt. Denn die faschistischen Gruppen schrecken vor keinem Verbrechen gegen die Arbeiterklasse und die revolutionäre Bewegung zurück. Faschisten waren es, die vor einigen Jahren Bomben in eine Gewerkschaftsdemonstration in Brescia schleuderten und zahlreiche Arbeiter töteten. Faschisten waren es, die 1969 eine Bombe in der Landwirtschaftsbank von Mailand zündeten und 16 Menschen ermordeten. In zahllosen weiteren Anschlägen haben die faschistischen Banditen in den letzten Jahren Dutzende von Arbeitern, fortschrittlichen Werktätigen und Revolutionären ermordet.

Das Anwachsen des faschistischen Terrors in Italien ist kein Zufall. Die faschistischen Banden werden von der Bourgeoisie selbst gezüchtet und arbeiten eng mit der Polizei und den übrigen Organen des bürgerlichen Staatsapparates zusammen, um die wachsende Protestbewegung der italienischen werktätigen Massen gegen die kapitalistische Ausbeutung zu unterdrücken. Unter dem Schutz der Immunität ihrer Abgeordneten im italienischen Parlament koordiniert die MSI, die größte der faschistischen Organisationen, den Mordterror auf den Straßen. Ihr Führer Almirante geht im Sitz der Regierung aus und ein und wurde vor einiger Zeit sogar im Weißen Haus in Washington empfangen. Almirante und seine Kumpane unterhalten außerdem enge Verbindungen zu hohen Generälen der italienischen Armee, wie z. B. dem ehemaligen NATO-General Birinelli, zu den Spitzen der Geheimdienste und der Polizei. Aus den Kassen der kapitalistischen Monopolgesellschaften fließen jedes Jahr mindestens fünf Milliarden Lire (ca. 15 Millionen DM). Dazu kommen noch einmal Milliarden Lire über schwarze Kanäle.

Diese und unzählige weitere Tatsachen beweisen die enge Zusammenarbeit zwischen den Faschisten und der Bourgeoisie und ihrem Staatsapparat.

Walter Rossi wurde von einem Angehörigen der MSI erschossen. Die Mordtat selbst wurde in einem der Büros der MSI in Rom geplant und auch von dort aus durchgeführt. Dieses Büro war der römischen Polizei schon lange als Zentrum terroristischer faschistischer Aktivitäten bekannt. Nur zwei Tage vor den Schüssen auf Walter Rossi hatte bereits ein anderes faschistisches Attentat, das in diesem Büro organisiert worden war, stattgefunden. Die Polizei unternahm jedoch nichts. Im Gegenteil wurden Polizisten zum Schutz des faschistischen Schlupfwinkels abgeordnet. Diese Polizisten standen unmittelbar neben Walter Rossi und seinem Mörder, als die Schüsse fielen. Sie rührten jedoch keine Hand, um den Mord zu verhindern und ließen den Mörder außerdem entkommen.

Noch krasser wurde die Zusammenarbeit der faschistischen mit den Organen des italienischen Staatsapparates im Laufe des sogenannten „Valpreda-Prozesses" bewiesen. In diesem Verfahren steht der Anarchist Valpreda vor Gericht, weil er es angeblich gewesen sein soll, der 1969 die Bombe in der Mailänder Landwirtschaftsbank gezündet hat. Jetzt kam folgendes heraus: Um die Faschisten Ventura und Freda — von denen schon früh bekannt war, daß es in Wirklichkeit sie waren, die den Mordanschlag durchgeführt hatten — von jedem Verdacht freizuwaschen, ließen der stellvertretende Leiter der Abteilung Polizei im italienischen Innenministerium, der stellvertretende damalige römische Polizeipräsident und der die Untersuchung leitende Kommissar der Mailänder Polizei Beweise gegen Ventura und Freda einfach verschwinden. So



Rom. Nach dem Mord an Walter Rossi kämpften Tausende von Jugendlichen gegen die Polizei.

wurde zum Beispiel jetzt erst bekannt, daß die Tasche, in der die Bombe gezündet worden war, zusammen mit mehreren anderen Taschen des gleichen Fabrikats unmittelbar vor dem Attentat von Ventura in einem Geschäft in Padua gekauft worden war. Der italienische Ministerpräsident Andreotti, der in diesen Tagen in dem Verfahren als Zeuge aussagen mußte, war gezwungen, zuzugeben, daß der Geheimdienstagent Gianetti mit den Faschisten Ventura und Freda zusammengearbeitet hat und an der Planung und Organisation des Anschlages beteiligt war. Auch dies war lange Zeit vertuscht worden.

Der faschistische Terror ist eine Methode der italienischen Bourgeoisie, um die anschwellenden Kämpfe der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen zu unterdrücken. Zugleich jedoch treibt sie die Faschisierung des bürgerlichen Staatsapparates voran und schafft die demokratischen Rechte, die die italienischen Werktätigen noch genießen, Zug um Zug ab. Dies geschieht im vollen Einverständnis und mit der Zustimmung der modernen Revisionisten, die erst kürzlich im Parlament mehreren Gesetzen, die Hausdurchsuchungen und vorläufige Festnahmen durch die Polizei erleichtern, ihren Segen gegeben haben. Die sich nicht scheuen, nach der Polizei zu rufen, um militante Kämpfe der Werktätigen und der Jugend niederzuschlagen,und die Marxisten-Leninisten der KPI/ML und andere Revolutionäre mit sozialfaschistischem Terror verfolgen.

Die italienische Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen, die über große revolutionäre Traditionen verfügen, verschränken jedoch, wie zuletzt die Massendemonstrationen nach dem Tode Walter Rossis gezeigt haben, nicht die Arme vor der Brust. Angesichts des faschistischen Terrors, der immer reaktionäreren Politik der Regierungsparteien einschließlich der Revisionisten und der Angriffe der Monopolbourgeoisie auf ihre Lebenslage erheben sie sich zum Kampf. In diesem Kampf stehen die Marxisten-Leninisten der KPI/ML in den vordersten Reihen. Als Vorhutpartei des italienischen Proletariats ist die KPI/ML die einzige Partei, die den Kämpfen der italienischen Werktätigen gegen die Faschisierung und den Terror der faschistischen Banden die richtige Stoßrichtung verleiht.

Sie hat betont: „Unter diesen Bedingungen ist der revolutionäre Kampf das einzig wirksame Mittel, um mit der kapitalistischen Gesellschaft, der Ausbeutung und Unterdrückung Schluß zu machen. Während wir in Fabriken, Dörfern, Schulen, Wohnvierteln usw., dort, wo die Massen arbeiten und ausgebeutet werden, in täglichen Schlachten stehen, ist es notwendig, zu betonen, daß die Unternehmer, ihre Handlanger und Kollaborateure jeder Schattierung, angefangen von den Revisionistenchefs und verschiedenen Reformisten,sowie Faschismus und Faschisierung nur durch den entschlossenen Klassenkampf der werktätigen Massen besiegt werden können. Der Sieg in der Revolution ist allein durch die Beteiligung der Massen am Kampf, durch die Einheit aller revolutionären Kräfte unter Führung der Arbeiterklasse mit der marxistisch-leninistischen Partei an der Spitze zu gewährleisten. Die KPI/ML hat sich verpflichtet, ihre Aufgabe an der Spitze des Kampfes der Massen zu erfüllen, alle wirklich marxistisch-leninistischen Kommunisten um die Partei zusammenzuschließen, eine breite Front aller revolutionären Kräfte zu schaffen und so die militante Einheit der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Massen im Kampf gegen die kapitalistische Ausbeuter- und Unterdrückerordnung und für den Triumph der proletarischen Revolution zu verwirklichen."

Die Kommunistische Partei Japans (Linke) verstärkt ihre Arbeit unter den Bauern

„Volksstern", das Zentralorgan der KP Japans (Linke), befaßt sich in einer seiner letzten Nummern mit der großen Bedeutung, die die Arbeit unter den Bauern für den Erfolg der proletarischen Revolution hat.

Die Zeitung weist darauf hin, daß die Bauern zu den Klassen gehören, die von der japanischen Monopolbourgeoisie am meisten unterdrückt und ausgebeutet werden. Nach der Arbeiterklasse sind sie die größte Produktivkraft der japanischen Gesellschaft. Angesichts der tiefen Krise, die Japan erfaßt hat, plant die Monopolbourgeoisie, die schon in der Vergangenheit Zigtausende von Bauern in den Ruin getrieben hat, neue Angriffe. Sie will 90% der über 22 Millionen Bauern in Japan in den Ruin treiben und nur 3-400.000 sogenannte Kernagrarunternehmen übriglassen.

„Volksstern" betont deshalb: „Die Agrar- und Bauernfrage ist in erster Linie eine Frage der Diktatur des Proletariats und des Bündnisses zwischen den Arbeitern, ist die Frage, ob wir den Sieg in der japanischen Revolution erringen können oder nicht. Wir müssen eine weitsichtige Politik verfolgen und die Vorhutpartei des Proletariats auch auf dem Land aufbauen... Unser strategischer organisatorischer Plan des Parteiaufbaus — nämlich starke Parteizellen in den Schlüsselindustrien zu bilden — ist eng mit der Aufgabe verbunden, Parteizellen auf dem Land zu bilden, um das Bündnis zwischen den Arbeitern und Bauern zu festigen und die Einheitsfront zu stärken."

Um die revolutionäre Massenbewegung der Bauern zu entwickeln, stellt die Partei die Aufgabe, auf dem Land Bauernkomitees hauptsächlich aus armen Bauern und dem ländlichen Proletariat unter der Führung der Partei zu organisieren. Um die Linie der Partei besser unter den Bauern bekanntzumachen und den Zusammenschluß der Bauern voranzutreiben, legt die Partei großes Gewicht auf den breiten Vertrieb der Zeitung „Japanische Bauern", die die Partei für die Arbeit unter den Bauern herausgibt.

Die KP Japans (Linke) verwirklicht so den marxistisch-leninistischen Grundsatz, daß die werktätige Bauernschaft nach wie vor der engste Bündnispartner des Proletariats im Kampf für die proletarische Revolution ist.

Dänische Werktätige im Kampf gegen die EG

Rund 20.000 Werktätige haben am 2. Oktober in den Straßen der dänischen Hauptstadt Kopenhagen gegen die Mitgliedschaft des Landes in der EWG demonstriert. Ähnliche Demonstrationen haben auch in anderen Teilen Dänemarks stattgefunden.

Fünf Jahre nach dem Beitritt Dänemarks in die EWG haben die dänischen Werktätigen am eigenen Leib erfahren, daß die EWG ein reaktionärer Zusammenschluß der westeuropäischen kapitalistischen Truste und Monopole zur verstärkten Ausbeutung und Ausplünderung der werktätigen Massen ist. Dänemark ist als klassisches Land der Agrarindustrie bekannt. Milch, Butter und ähnliche Produkte stellen nicht nur den Hauptteil des dänischen Exports. Sie waren auch vor dem Beitritt des Landes in die EWG noch so billig, daß deutsche Hausfrauen aus Schleswig-Holstein ihre Butter in Dänemark kauften.

Inzwischen haben sich die Verhältnisse umgedreht. Schon im ersten Jahr nach dem EWG-Beitritt stiegen die Lebensmittelpreise um 15-30%. Der Preis für einen Liter Milch erhöhte sich von 69 auf 99 Pfennig; der für ein Kilo Butter von 4,40 auf 8,50 DM. Heute sind die Preise noch weiter gestiegen. Durch die Mitgliedschaft in der EWG hat sich auch die Krise der kapitalistischen dänischen Wirtschaft drastisch verschärft. So sind die Arbeitslosenzahlen inzwischen auf eine Quote von 10-12% eine der höchsten in Europa, geschnellt. Das Handels- und Zahlungsbilanzdefizit liegt inzwischen bei 11 Milliarden DM. Und die dänische Regierung plant neue Angriffe auf die Werktätigen, wie z. B. Steuererhöhungen, um die Realeinkommen, wie sie offen erklärt hat, um 1-2% zu senken. Bei Lohnerhöhungen will sie den dänischen Arbeitern nur noch 2% zugestehen.

Die dänische Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen verstärken deshalb ihren Kampf gegen die Bourgeoisie des eigenen Landes und die EWG, weil sie nicht bereit sind, den Gürtel immer enger zu schnallen und die Lasten der Krise auf ihre Schultern zu nehmen.

Korrespondenzen

Redaktion „Roter Morgen" Wellinghofer Str. 103 Postfach 30 05 26 46 Dortmund 30

Kampf für den Sozialismus gestrichen

Liebe Genossen!

Einige von Euch erinnern sich vielleicht noch an den Kampf der GRF um eine „Kinderpoliklinik ins Bethanien" (Westberlin 1972/73). An diesem Kampf, der mit dem Tage der Abgeordnetenhauswahlen abgebrochen wurde, weil sich die Schlagzeile der „Roten Fahne" „Kreuzberg kämpft für eine Kinderpoliklinik" eben auch als Wahlkampfparole der GRF entpuppte.

Das Verhältnis einer Partei zu ihren Fehlern ist ja bekanntlich ein guter Gradmesser für ihre Ernsthaftigkeit. Nun gab es damals ein Bethanien-Lied mit vier Strophen. Bei der ersten bis dritten ging es im wesentlichen um den konkreten Kampf, die vierte aber lautete:

Um den Sozialismus zu erkämpfen
stürzen wir die Bonzen von dem Thron.
Ausländer und deutsche stehen zusammen —
Einheitsfront der Revolution!
Für die tiefe Freundschaft aller Völker
alle Macht in unsere Hand
für die Gesellschaft ohne Klassen
uns gehört das Land!

Zugegeben, der Kampf um den Sozialismus spielte keine große Rolle im Bethanienkampf. Wir kennen ja hinreichend das Vorgehen der GRF, großen Wirbel um kleine Forderungen zu machen und das als Kampf der Massen auszugeben.

Diese Strophe war aber Ausdruck dessen, daß viele ehrliche Genossen damals in den Reihen der GRF versuchten, die begrenzten Tagesforderungen mit dem Kampf um den Sozialismus zu verbinden. Nun staunte ich neulich nicht schlecht, als ich die Neuauflage des Liederbuchs der Gruppe Rote Fahne zur Hand nahm (Lieder der Revolution, 1976). Da nimmt das Bethanien-Lied vier Seiten ein, mit Noten und zwei Bildern — aber die vierte Strophe fehlt.

Zufall? Sicherlich nicht! Scheint's war diese vierte Strophe rückblickend unbequem geworden für die GRF-Führer. Heute, wo diese Organisation den Kampf um den Sozialismus „bis auf weiteres" verschoben hat, erinnern sie sich nicht mehr gern an solche Kinderkrankheiten ihrer Politik. Da gehen sie sogar bei und korrigieren ihre eigenen Lieder. So wird der Revisionismus selbst in kleinen Dingen deutlich.

Rot Front
Der Autor des Bethanien-Liedes

Große Schülerdemonstration in Bremen

Am 6. 10. 77 demonstrierten etwa 1.500 Schüler der Bremer Schulen, hauptsächlich der Oberstufen, gegen den von Schulsenator Thape festgelegten späten Abiturtermin. Wegen des langen Schuljahres in Bremen (1. 8. 77 - 27. 7. 78) hatte er angeordnet, daß die Prüfungen erst Ende Juni '78 stattfinden sollen. Bisher war es üblich, daß spätestens Anfang Mai die Schüler ihre Zeugnisse in den Händen hatten. Die Gesamtschülervertretung hatte vorher die Behörde gebeten, den Termin auf das bisher übliche Datum vorzuverlegen.

Dies zu verlangen, hatten die Schüler gute Gründe:

— Zwischen Schulende und Studienbeginn verdienen sich viele Abiturienten Geld zur Finanzierung der ersten Semester. Durch die Terminverlegung schrumpft diese Zeit empfindlich zusammen.
— Die Durchführung von Praktika in einigen Studiengängen ist wegen der knappen Zeit fast unmöglich.
— Die Bewerbung um einen Studienplatz bei der Zentralen Vergabestelle für Studienplätze wird so kurzfristig, daß auftretende Fehler in den Bewerbungsbögen nicht mehr korrigiert werden können. So muß man sich an der Bremer Uni bis zum 1. 6. 78 beworben haben; Zeugnisse gibt es aber erst Ende Juni.

Thape und seine Bürokraten hatten natürlich kein Ohr für diese berechtigte Forderung der Schüler. Die Behörde sprach den Schülern das Recht ab, dem Unterricht fernzubleiben. Wer dies tue, handele ordnungswidrig, was sogar mit einer Geldbuße belegt werden könne.

Unbeirrt von diesen Drohungen boykottierten etwa 1.500 Schüler am 6. 10. den Unterricht und versammelten sich um 11 Uhr auf dem Marktplatz zu einer Protestkundgebung. Anschließend zogen alle unter der Parole „Abi vor den Osterferien" vor den Sitz des Bildungssenators und forderten ihn zu einer Stellungnahme auf. Der Eingang des Gebäudes war von starken Polizeikräften gesichert! Thape oder einer seiner Vertreter ließen sich natürlich nicht blicken. Die Kurzkundgebung endete mit den Rufen „Thape, wir kommen wieder. Abi vor den Osterferien!"

Rot Front! Ein Genosse aus Bremen

Insgesamt siebenmal gefilzt

Liebe Genossen!

Folgenden Erlebnisbericht erhielt ich von einem Bekannten, der von Bremen aus an der Demonstration gegen das geplante KKW in Kalkar teilgenommen hat:

Als sich nachts um 1 Uhr die Busse in Bewegung setzten, tauchte plötzlich Polizei auf und dirigierte einen Teil der Fahrzeuge genau in die entgegengesetzte Richtung. Gleich darauf tauchten aus Nebenstraßen zivile Polizeiautos auf und drängten sich in den Fahrzeugkonvoi, um die Kolonne auseinanderzureißen. Nach nur 5 km Fahrt wurden die noch zusammengebliebenen Busse gestoppt. Jetzt wurde bis 3.30 Uhr (!) eine schikanöse Durchsuchung von Fahrzeugen und Insassen durchgeführt. Insgesamt wurde dieser Bus bis Kalkar siebenmal gefilzt, wobei die Polizeitruppen mit den verschiedensten Tricks die Reise zu verzögern versuchten. Unter anderem wurde der Bus an einer Autobahnabfahrt gezwungen, die Autobahn zu verlassen und dem Fahrer gesagt, er müsse jetzt auf der Landstraße weiterfahren. Beschlagnahmt wurden, außer sämtlichen Helmen, auch die Regenschutzkleidung.

Rot Front! Genossen aus Bremen

Polizeiüberfall auf Ärzte

Liebe Genossen!

Als am 26. 9. 77 in einer Bremer Bank 500.000 DM geklaut worden waren, nahm die Polizei auch das zum Anlaß für ihre Bürgerkriegsübungen gegen die Bevölkerung. So berichtete mir ein Bekannter folgendes:

Mehrere Ärzte fuhren vormittags von Bremen nach Hamburg zu einem Fortbildungskurs. Allein die Tatsache, daß sie in einem VW-Bus älteren Baujahrs fuhren, genügte der Polizei schon, mit entsicherten Maschinenpistolen den Bus zu stoppen und die Insassen mit „Hände hoch" zu durchsuchen. Daß einige von den Polizisten, ca.18 Jahre alt, die mit entsicherter Maschinenpistole auf die Autoinsassen zielten, einen gefährlich nervösen Eindruck machten, sei zusätzlich erwähnt. Innerhalb weniger Augenblicke landeten noch sieben Hubschrauber an der Stelle, aus denen zahlreiche weitere Polizisten mit MP's im Anschlag herausstürmten. Dann wurden die Insassen des VW-Busses einzeln im Polizeiwagen nach Hamburg gefahren, wo sie dann nach ca. einer Stunde Aufenthalt im Polizeipräsidium ohne weiteren Kommentar entlassen wurden.

Rot Front! Genossen aus Bremen

Zum ersten Mal

Die SVR Albanien auf der Buchmesse in Frankfurt



Frankfurter Buchmesse vom 12.-17. 10.
Geöffnet für Besucher vom 12.-16. 10. von 14-18.30 Uhr,

Besuchen Sie die Stände: SVR Albanien, Halle 5, Stand Nr. 9302, GEWISO-Buchvertrieb, Verlag Roter Morgen, Rotfront-Verlag, Verlag G. Schneider, Halle 6, Stand Nr. 1227; 1231; 1226; 1232. Hier erhalten Sie die aufgeführte Literatur und die Werke Enver Hoxhas.

Veranstaltung der Gesellschaft der Freunde Albaniens mit albanischen Gästen zur albanischen Literatur mit kulturellem Beiprogramm. Samstag 15. 10. um 19.30 Uhr, Frankfurt-Höchst, Bildungs- und Kulturzentrum, Gebeschustr. 5

Lesung albanischer Dichtung: Donnerstag, 13. 10. um 17.00 Uhr, Messehaus West, 2. Stock, Zimmer 322

Fortsetzung von Seite 1

um den Sozialismus als „kulturlos" in den Augen der Massen diskreditieren zu können, um zu vermeiden, daß die Massen einen Vergleich zwischen der modernen „westlichen Literatur" und der albanischen Literatur anstellen. Denn einen solchen Vergleich hätten sie wahrhaftig zu fürchten.

Denn im Gegensatz zur „modernen Literatur" in den westlichen kapitalistischen und den von den Revisionisten beherrschten Ländern des Ostblocks, die von Dekadenz, Banalität, Pessimismus und formalistischen und pornographischen Exzessen geprägt ist, die die fortschrittliche Nationalkultur zugunsten des imperialistischen Kosmopolitismus vernichten und das Volk vom Kampf für seine Interessen abhalten will, ist die albanische Literatur gekennzeichnet durch ihre Parteilichkeit, durch ihre Volksverbundenheit, durch ihre nationale Prägung, durch ihren revolutionären Optimismus.

Genosse Enver Hoxha sagte in seiner Rede "Die Schriftsteller und Künstler sind Helfer der Partei bei der kommunistischen Erziehung der Massen": „Die guten Werke der hervorragenden Schriftsteller, Dichter und Künstler gefallen uns, weil sie von wertvollen Ideen und Gedanken durchdrungen sind, die nicht vom Himmel fallen, sondern der Erkenntnis des wahren Zustands der Dinge, unserer Realität, der Entwicklung des politischen und gesellschaftlichen Lebens des Volkes entspringen. Diese Ideen und Gedanken spiegeln korrekt und präzise die Wünsche, die Freuden und den Kummer, das Leben und die Gedankentiefe des Volkes wider, sie hängen mit unseren Zukunftsaussichten zusammen. Daher gefallen sie uns auch, gleichzeitig spornen sie uns bei der Arbeit an und begeistern uns." — Und auch die ausländischen Leser, muß man hinzufügen. Denn sie spüren in diesen Werken der albanischen Literatur eine Unterstützung und einen Ansporn für ihren eigenen Kampf, für den noch vor ihnen stehenden Weg der siegreichen sozialistischen Revolution und des Aufbaus des Sozialismus.

Die — leider — erst wenigen Werke der albanischen Literatur, die dem deutschen Leser zur Verfügung stehen, haben das auch in unserem Land voll bestätigt. Ismail Kadares „Der General der toten Armee", „Stürmische Jahre", eine Sammlung albanischer Kurzgeschichten, die jüngst erschienenen Bücher „Kommissar Memo" und „Mutter Albaniens" von Dritero Agolli haben ein begeistertes Echo gefunden und das Interesse an der albanischen Literatur verstärkt.

Mit ihnen wurde der Grundstein geschaffen für die Erfüllung des Ziels, das Genosse Enver Hoxha in der bereits zitierten Rede folgendermaßen formulierte: „Es genügt nicht, daß wir die Größe des albanischen Volkes im Ausland nur durch die nationalen Traditionen propagieren, sondern wir müssen die Weltöffentlichkeit auch mit dem großen Kampf der Partei der Arbeit bekanntmachen, dieser marxistisch-leninistischen Partei, die im eigenen Land den Sozialismus aufbaut, ohne den allseitigen Kampf, den Bourgeoisie und moderne Revisionisten gegen sie führen, zu fürchten. Wir müssen erreichen, daß die bürgerlich-revisionistische Welt die große Kraft des Marxismus-Leninismus in Albanien nicht nur auf dem Gebiet der Wirtschaft, sondern auch der Kunst und Kultur sieht." Mögen möglichst viele Freunde Albaniens die Gelegenheit der Frankfurter Buchmesse nutzen, um sich mit der albanischen Literatur näher bekanntzumachen, mögen möglichst viele Freunde der Literatur die Gelegenheit nutzen, das albanische Literaturschaffen — und damit den Kampf des albanischen Volkes und seiner Partei der Arbeit — kennenzulernen.

Auszüge aus der Rede des Genossen Gernot Schubert auf der Veranstaltung der KPD/ML am 8. 10. 1977 in Düsseldorf

Der Kommunismus lässt sich nicht verbieten!

**„Liebe Freunde,
Kollegen, Genossen,**

ich möchte Euch als erstes recht herzlich danken, daß Ihr trotz der Strapazen dieses Tages so zahlreich zu dieser Veranstaltung gekommen seid. Leider kann auf dieser Veranstaltung der Vorsitzende unserer Partei, Genosse Ernst Aust, nicht sprechen. Denn wie einige von Euch vielleicht bereits über Radio Tirana gehört haben, ist Genosse Ernst Aust gegenwärtig auf Einladung unserer albanischen Bruderpartei in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien. Genossen, Euer Beifall hat es schon zum Ausdruck gebracht: Wir übermitteln unserem Genossen Ernst Aust von dieser Stelle unsere revolutionären Kampfesgrüße!

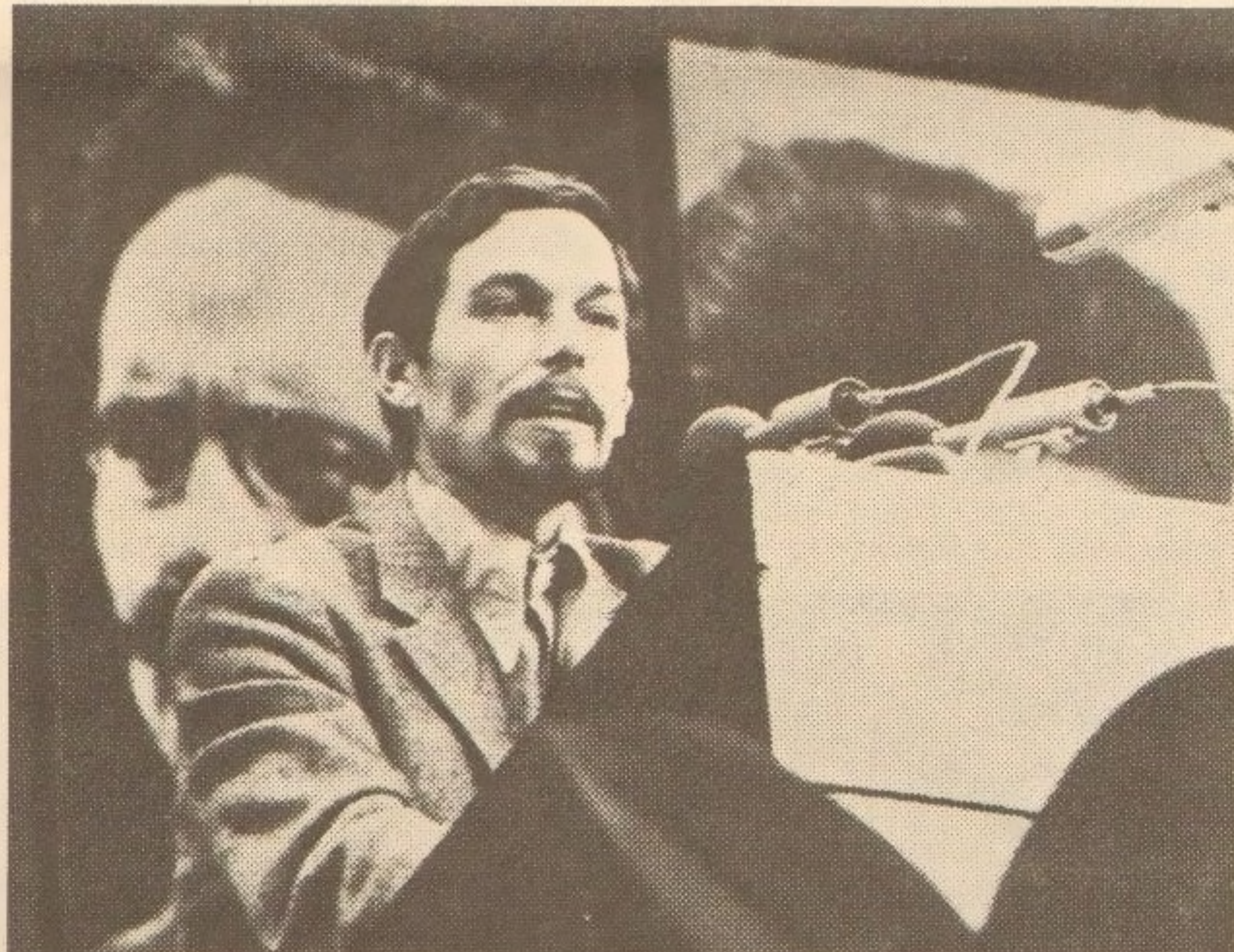
Genossen, Ihr wißt, daß der Verbotsantrag der CDU in einer Reihe steht mit zig Angriffen der Bourgeoisie auf die Arbeiterklasse, auf den Marxismus-Leninismus und die Partei in der letzten Zeit. Warum verfolgt uns die Bourgeoisie heute härter als noch vor einigen Jahren? Die Ursache dafür wird deutlich, wenn man sich daran erinnert, was der damalige Innenminister Genscher in der Verfassungsdebatte 1974 im Bundestag sagte: ‚Was vor zehn Jahren noch selbstverständlich war, die Anerkennung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, das muß heute gegenüber Zweiflern, gegenüber prinzipieller Kritik, sogar gegenüber offenen Angriffen verteidigt und glaubhaft gemacht werden.‘

Wenn die CDU heute, drei Jahre später, einen Verbotsantrag gegen unsere Partei stellt, dann ist das ein Eingeständnis der Bourgeoisie, daß sie es nicht geschafft hat, die ‚freiheitlich-demokratische Grundordnung‘ ‚glaubhafter‘ zu machen, daß im Gegenteil immer mehr erkennen, daß das Gerede von der ‚freiheitlich-demokratischen Grundordnung‘ nur diese Ausbeuterordnung verdecken soll, daß immer mehr Arbeiter erkennen, daß man gegen den Kapitalismus kämpfen und letztendlich den kapitalistischen Staat stürzen muß.

Genossen, ich erinnere mich, daß der Verfassungsschutz zur Zeit der Gründung unserer Partei schrieb, daß die KPD/ML zwar insofern interessant sei, weil sie sich auf Stalin berufe, daß sie aus dem gleichen Grund aber auch keine Chance hätte, irgendeinen Einfluß auf die Arbeiterklasse und ihre Kämpfe zu gewinnen. Das war vor knapp neun Jahren. Und heute? Heute sieht er sich gezwungen, nicht nur gegen uns vorzugehen, sondern auch öffentlich über unsere Gefährlichkeit zu lamentieren. Was ist das anderes als ein Eingeständnis dessen, daß die Hoffnungen des Verfassungsschutzes, unsere Partei würde keinen Einfluß unter den Massen erlangen, sie könne durch Agenten zerschlagen und durch Spaltungen zerstört werden, zunichte gemacht wurden?

Genossen, das sind nur zwei Beispiele. Aber sie zeigen deutlich, was die Grundlage für die immer heftigere Verfolgung unserer Partei durch die Bourgeoisie ist: Es ist die Angst der herrschenden Klasse, die historisch gesehen eine sterbende Klasse ist, vor ihrem unvermeidlichen Untergang, vor ihrem Totengräber, dem Proletariat und seiner Partei, der KPD/ML.

Dies drückt sich auch in dem Streit der bürgerlichen Parteien über den zweckmäßigsten Weg der Verfolgung der Partei aus. Denn sie spüren, daß sie uns auch durch ein Verbot nicht aus der Welt schaffen können. Ein anderes Problem für die Bourgeoisie stellt die DKP dar. Es ist ihr natürlich peinlich, wenn sie diese Partei dadurch, daß sie sie von einem Verbotsantrag ausklammern will, zwangsläufig etwas enttarnen muß. Die Grundlage für diese und andere Schwierigkeiten, die die Bourgeoisie gegenwärtig hat, ist die Tatsache, daß sie genau weiß, daß sie den Kampf der Arbeiterklasse letztlich nicht aufhalten, nicht unterdrücken kann.“



Genosse Gernot Schubert

Die Legalität ist niemals das höchste Gut für eine kommunistische Partei!

Genosse Gernot Schubert betonte dann, daß die Legalität niemals das höchste Gut für eine kommunistische Partei sein kann und darf. „Natürlich, die Legalität — oder besser, die Halb-Legalität —, die heute für unsere Partei in der Bundesrepublik existiert, erleichtert uns unsere Arbeit erheblich. Wir werden deshalb auch jede Handbreit Legalität verteidigen, gegen diesen Verbotsantrag der CDU kämpfen. Aber wir werden niemals die Legalität als unser höchstes Gut betrachten, das man mit allen Mitteln verteidigen muß. Wohin eine solche Haltung führt, hat das Beispiel der revisionistischen Führer der KPD gezeigt, die für das Linsengericht der Legalität den Kommunismus und die Sache der Arbeiterklasse verrieten. Wir haben niemals die Illusion gehegt, daß unsere Partei immer legal bleiben, ja sogar legal zum Sozialismus kommen könne. Wer solche Illusionen verbreitet, wer glaubt, die Bourgeoisie würde ihren Todfeind sozusagen das ‚demokratische Recht‘ einräumen, sie zu vernichten, der geht letztendlich aus von der revisionistischen Theorie des ‚friedlichen Übergangs zum Sozialismus.‘

Jede wahrhaft kommunistische Partei muß jederzeit damit rechnen, verboten zu werden. Deshalb muß jede Partei den legalen mit dem illegalen Kampf kombinieren. Dieses Prinzip gilt auch für unsere Partei.

Genosse Schubert ging dann darauf ein, wie wir dieses Prinzip heute, unter den Bedingungen der Halblegalität hier in Westdeutschland anwenden und wie es unter den Bedingungen der vollständigen Illegalität angewandt werden muß.“

Genosse Schubert betonte: „Angesichts des drohenden Verbots dürfen wir nicht nur die Bourgeoisie sehen und ihre Möglichkeiten, uns zu verfolgen und zu terrorisieren. Entscheidend ist nicht, welche Rechte die Bourgeoisie uns zugesteht, sondern welche Rechte die Arbeiterklasse und ihre Partei sich nehmen. Keine Partei hat legal die sozialistische Revolution durchführen können, keine kommunistische Partei hat sich das Recht auf die sozialistische Revolution von der Bourgeoisie verbieten lassen. Keine kommunistische Partei fragt die Bourgeoisie um Erlaubnis, ob sie sich gründen und kämpfen darf. Das haben wir hier im Westen nicht getan, als unsere Partei sich dem noch bestehenden KPD-Verbot zum Trotz gründete, das haben wir im Osten Deutschlands nicht getan, als unsere Partei dort unter den Bedingungen der faschistischen Unterdrückung entstand.

Deshalb, Genossen, sagen wir der Bourgeoisie schon heute — ungeachtet der Tatsache, daß wir die mit einem Verbot auf uns zukommenden Schwierigkeiten sehen —, daß es bei unseren Vorbereitungen auf ein Verbot natürlich auch noch einiges zu verbessern gilt: Kein Verbot wird uns aus den Betrieben, aus den Kasernen, Schulen und Universitäten vertreiben; keine Macht der Welt wird verhindern, daß wir unseren Weg gehen, daß wir das Proletariat zur erfolgreichen gewaltsamen sozialistischen Revolution führen werden! Deshalb, Genossen, ist unsere Parole, die die Vertreter des KBW und der GRF für die heutige gemeinsame Demonstration nicht akzeptieren wollten, völlig richtig: ‚Das Kapital will unser Verbot — Wir kämpfen weiter, Deutschland wird rot!‘



Die Demonstrationszüge treffen auf dem Rathausplatz ein. An der Spitze der Spielmannszug der KPD/ML.

Keine Kapitulation vor dem Druck der Bourgeoisie!

Genossen, angesichts eines drohenden Verbots reicht es nicht aus, die Partei nur gegen eine verschärfte Verfolgung durch die Bourgeoisie zu wappnen. Mit dem verstärkten Druck durch die Bourgeoisie wächst auch die Gefahr des Zurückweichens, einer Kapitulation vor der Bourgeoisie, die Gefahr des Opportunismus und Revisionismus. Das ist eine Lehre auch aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Denn die KPD wurde nach 1956 nicht vom Terror der Bourgeoisie zerschlagen. Die KPD als revolutionäre Vorhut des deutschen Proletariats wurde von innen heraus zerschlagen durch die Kapitulation ihrer revisionistischen Führer vor der Bourgeoisie.“ Genosse Schubert ging dann darauf ein, wie die revisionistischen Führer der KPD, gestützt auf den XX. Parteitag der KPdSU, Schritt für Schritt den Marxismus-Leninismus, die Interessen der Arbeiterklasse und der Revolution verrieten — und die KPD in eine unwiderruflich entartete, bürgerliche Partei verwandelten.

Genosse Schubert betonte: „Aus diesen Lehren der Geschichte, die zeigen, daß unter dem Druck der Bourgeoisie opportunistische und revisionistische Tendenzen gefördert werden, müssen wir die Konsequenzen ziehen. Wir müssen unsere revolutionäre Wachsamkeit erhöhen, wir müssen die marxistisch-leninistische Linie unserer Partei gegen alle Kapitulanten verteidigen. Unsere Partei ist auf korrekten marxistisch-leninistischen Grundlagen gegründet worden. Sie hat ihre Zielsetzung in diesem Jahr auf dem III. Parteitag in ihrem Programm zusammengefaßt. Es ist unsere Aufgabe, dieses Programm zu verteidigen. Das aber heißt vor allem, es in die Wirklichkeit umzusetzen. Bei der Erfüllung dieser entsprechenden Aufgabe werden wir kein Kapitulantentum, kein Zurückweichen dulden, egal in welcher Form, mit welcher Tarnung es auftritt. Wir wissen, daß das Kapitulantentum vor der Bourgeoisie nicht immer in der Form auftreten muß wie in der KPD. Ich möchte hier nur an die Liquidatoren erinnern, die wir in unserer Parteigeschichte kennengelernt haben. Als sie auftraten, verstärkte die Bourgeoisie ebenfalls ihren Druck, wurde auch von Verbot gesprochen. Die Liquidatoren wollten unter diesem Druck die Partei auflösen und in einen für die Bourgeoisie ungefährlichen ‚Studierzirkel‘ verwandeln. Das sagten sie natürlich nicht so offen, sondern verbrämten ihr Kapitulantentum mit verschiedenen Theorien, aber das war ihr Ziel. Und deshalb war es auch absolut richtig und notwendig, einen entschlossenen und kompromißlosen Kampf gegen sie zu führen.

Die Einheit der Marxisten-Leninisten muß auf der Basis des Marxismus-Leninismus geschmiedet werden und nicht auf der Basis der Kapitulation vor der Bourgeoisie

Genossen, diese Lehren aus der Geschichte der Arbeiterbewegung und aus der Geschichte unserer Partei sind von großem Nutzen, um die richtige Antwort auf eine Frage zu geben, die heute von den Vertretern des KBW und der GRF immer wieder aufgeworfen wurde. Die Frage: die Verbotsdrohungen und die Einheit der Marxisten-Leninisten.

Ihr wißt, die Schaffung der Einheit der Marxisten-Leninisten ist eine gute Sache, für die unsere Partei immer gekämpft hat und weiter kämpfen wird. Bevor ich näher darauf eingehe, zunächst einige Worte zu der heutigen Aktionseinheit gegen den Verbotsantrag. Wir sind der Meinung, daß diese Aktionseinheit zwischen uns und den beiden anderen betroffenen Organisationen, daß unser schnelles und einheitliches Reagieren auf diesen Angriff der Bourgeoisie ein großer Erfolg ist. Unsere Partei ist schon immer dafür eingetreten, trotz schwerwiegender politischer Differenzen gegen die Bourgeoisie einheitlich aufzutreten. Wir werden auch gegen den Verbotsantrag weitere Aktionen durchführen, wir kämpfen für eine breitere Aktionseinheit.

Aber wir sind auch angesichts eines Verbotsantrages nicht bereit, Aktionseinheiten um jeden Preis durchzuführen. Genossen, Ihr habt heute erlebt, daß die Demonstrations- und Kundgebungsteilnehmer, die der KBW mobilisiert hat, erst Stunden nach dem gemeinsam vereinbarten Termin eintrafen, Ihr habt gehört, daß Hunderte, wenn nicht Tausende bei der Anreise von der Polizei registriert wurden, zum Teil mit Anzeigen rechnen müssen, weil sie dem Plan der KBW-Führung folgten, in dem es unter anderem heißt: ‚Wenn wir den Aufmarsch zur Kundgebung zu einer Propagandaaktion, die sich übers ganze Land erstreckt, machen, kann jeder diesen Propagandamarsch unterstützen. Wer diesen Propagandamarsch unterstützen will, muß den Plan kennen. Der Reaktion soll die Veröffentlichung den Appetit zum Zuschnappen verderben, und wenn sie's dennoch tut, so sind es dann unsere Zahnarztkosten nicht... Man soll sich durch extensive Personalerfassung nicht kirre machen lassen. Schon heute ist die Erfassung ‚unspezifisch‘. Letzten Endes wird aus dem Computer tickern, daß die Massen gegen die Bourgeoisie sind.‘ (KVZ Nr. 40/77, S. 2)

Genossen, wir haben den KBW-Führern in den Verhandlungen klar gesagt: Führt ihr diesen Plan durch, dann brecht ihr erstens die Aktionseinheit, die für eine Kundgebung um 14.00 bzw. 15.00 Uhr geschlossen wurde, zweitens aber — und das ist viel schlimmer, das ist geradezu verbrecherisch — gebt ihr eure Genossen der Bourgeoisie preis, liefert ihr die Namen und Adressen von Hunderten von Genossen, die euch vertrauen, frei Haus.

Genossen, diesmal haben wir die Führer des KBW ermahnt, an ihre Mitglieder zu denken und sind die Aktionseinheit mit ihnen eingegangen. Aber in Zukunft müssen wir ihnen sagen: Besteht ihr auf der Durchführung solcher provokativer Pläne, gehen wir keine Aktionseinheit mehr ein. Wir können und dürfen es nicht dulden, daß Hunderte von Genossen der Bourgeoisie ausgeliefert werden — auch in einer Aktionseinheit nicht.

Zurück zur Einheit der Marxisten-Leninisten. Genossen, wenn jetzt angesichts des drohenden Verbots die Bestrebungen nach der Einheit aller Marxisten-Leninisten wachsen, dann ist das natürlich gut. Aber diese Einheit muß auf der Basis des Marxismus-Leninismus geschmiedet werden und nicht auf der Basis der Kapitulation vor der Bourgeoisie. Eine opportunistische Einheit, deren Triebkraft die Angst vor der Verfolgung durch die Bourgeoisie ist und nicht der Wille, die Bourgeoisie, ungeachtet aller Schwierigkeiten und Opfer, zu stürzen, nützt der Arbeiterklasse nicht, sondern schadet ihr.

Wie sieht es in dieser Hinsicht mit den beiden Organisationen aus, die heute so oft das Thema ‚Die Verbotsdrohungen und die Einheit der Marxisten-Leninisten‘ beschworen haben?

Was die Gruppe Rote Fahne betrifft, die die revisionistische ‚Drei-Welten-Theorie‘ vertritt, so muß man sagen, daß sie es mit ihrer Kapitulation vor der Bourgeoisie schon sehr weit getrieben hat. Denn was bedeutet die revisionistische ‚Drei-Welten-Theorie‘? Sie bedeutet — kurz gesagt — Verrat am Marxismus-Leninismus, an den Interessen der um ihre Befreiung kämpfenden Völker, an der Sache der Arbeiterklasse und des Kommunismus. Sie leugnet die grundlegenden Widersprüche des Imperialismus und dient dazu, in den sozialistischen Ländern die Restaura-

Fortsetzung auf Seite 10

Der Kommunismus lässt sich nicht verbieten !

Fortsetzung von Seite 9

tion des Kapitalismus durchzusetzen; den Befreiungskampf der revolutionären Völker zu sabotieren und sie an den Imperialismus zu ketten; die sozialistische Revolution — etwa in unserem Land — zu sabotieren und einen ‚Burgfrieden' zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie zu bewirken.

Die GRF hat inzwischen gemerkt, daß diese Theorie nach Klassenzusammenarbeit stinkt und sich deshalb gezwungen gesehen, ein bißchen Parfüm darüberzugießen. Ab und zu von Revolution zu reden, nicht mehr zu sagen, daß die US-Imperialisten hierbleiben müssen, nicht mehr zu sagen, daß man mit der Bourgeoisie überall zusammenarbeiten muß. Aber das sind nur kosmetische Korrekturen an der alten, auf der ‚Drei-Welten-Theorie' basierenden Linie.

Solange aber diese revisionistischen Positionen nicht korrigiert werden — das sagen wir ganz klar — wird es mit diesen Leuten auch keine Einheit geben!

Das gleiche gilt für den KBW. Solange der KBW seine revisionistischen Positionen nicht korrigiert, solange seine Führer mit den legalistischen, provokativen Methoden, auf die ich schon eingegangen bin, seine Genossen der Bourgeoisie ausliefert, wird es mit ihm keine Einheit geben.

Fortschritte wird es im Kampf für die Einheit der Marxisten-Leninisten nur geben, wenn diese revisionistischen und legalistischen Positionen überwunden werden — sei es von einem geringen oder einem großen Teil der Mitglieder dieser Organisationen. Viele haben heute auf der Kundgebung gerufen: ‚Es lebe die proletarische Partei'. Wir sagen diesen Genossen: Diese proletarische Partei gibt es bereits seit 1968 in Deutschland! Und wir sind sicher, daß diejenigen Mitglieder dieser Organisationen, die ihre politischen Fehler sehen und korrigieren, dann auch feststellen werden, daß es richtig ist, unter der Führung dieser Partei, der KPD/ML, zu kämpfen. Bereits heute sind aus verschiedenen Zirkeln eine ganze Reihe Genossen zu uns gekommen. Wir haben niemanden zurückgewiesen, weil er früher Fehler begangen hatte. Jeder Genosse aus diesen Organisationen, der die sozialistische Revolution will, der sich fest auf den Boden des Marxismus-Leninismus stellt, ist unserer Partei willkommen. Das ist unser Kampf für die Einheit der Marxisten-Leninisten, für die Einheit der Marxisten-Leninisten in der KPD/ML!"

Vorwärts mit der KPD/ML!

Nachdem Genosse Gernot Schuberg auf die „Terroristenhetze" der Bourgeoisie eingegangen war und betont hatte, daß es 1. darauf ankommt, dieser Propagandawelle entgegenzutreten und den Werktätigen zu zeigen, wer in Wahrheit das Volk terrorisiert, daß 2. die Partei aber die politische Taktik des individuellen Terrors immer schonungslos bekämpfen wird, ging er darauf ein, welches die entscheidenden Aufgaben sind, die die Partei angesichts des drohenden Verbots zu lösen hat. Genosse Gernot Schubert betonte: „Wenn wir heute auf der Kundgebung der Aktionseinheit, insbesondere vom KBW, den Plan für eine Riesenkampagne gegen die Verbotsdrohung entwickelt bekommen haben, dann ist es notwendig, an dieser Stelle klipp und klar zu sagen: Wir lehnen solche Vorstellungen ab. Wir führen einen Kampf zur Verteidigung unserer legalen Positionen, aber wir wollen weder eine ‚Kampf-gegen-das-Verbot'-Partei werden, noch betrachten wir eine Kampagne gegen das drohende Verbot als das entscheidende Mittel, die Solidarität der Werktätigen zu verstärken.

Entscheidend ist vielmehr, daß wir die Kämpfe, die wir heute in den Betrieben, in den Schulen und Kasernen führen, fortsetzen. Wenn die Arbeiter, die Werktätigen spüren, daß wir ihre Kämpfe auf das richtige Ziel hinlenken, dann werden wir bei ihnen auch breite Unterstützung finden. Ihr wißt, Lenin hat gefordert: Jeder Betrieb muß unsere Festung sein! Genossen, wir haben bei der Erfüllung dieser Aufgabe Fortschritte erzielt, besonders auch seit dem III. Parteitag. Aber wir können natürlich noch längst nicht sagen, daß jeder Betrieb unsere Festung ist. Dies zu erreichen, ist aber unsere wichtigste Aufgabe — auch im Kampf gegen ein drohendes Verbot, auch als Vorbereitung auf die Illegalität. Denn wenn wir im Industrieproletariat verankert sind, dann werden viele Genossen feststellen, was heute bereits einzelne feststellen, die angesprochen werden von Kollegen, die sie vorher gar nicht als fortschrittlich kannten, denen versichert wird: Wenn ihr verboten werdet, dann unterstütze ich euch auch. Wenn wir unter den Massen verankert sind, dann haben wir auch nach einem Verbot die Möglichkeit, unsere Arbeit fortzusetzen, weil wir dann nicht auf uns alleine gestellt sind, sondern Unterstützung finden. Und deshalb werden wir vor allem an dieser Front unsere Arbeit fortsetzen. Dann wird jeder Betrieb auch eine Festung gegen ein Verbot der Bourgeoisie sein!

Genossen, der III. Parteitag hat uns die Aufgabe gestellt, den Anteil der Proletarier, insbesondere der Industrieproletarier, in der Partei zu erhöhen. Auch diese Aufgabe gewinnt angesichts der Verbotsdrohungen eine zusätzliche Bedeutung. Denn wenn man sich die Geschichte der KPdSU Lenins und Stalins und aller anderen kommunistischen Parteien ansieht, stellt man fest, daß in schwierigen Situationen proletarische Genossen vor den Angriffen der Bourgeoisie nicht zurückweichen, während Genossen kleinbürgerlicher Herkunft bzw. Klassenlage leichter ins Schwanken geraten oder vor dem Druck der Bourgeoisie zurückweichen. Das gilt natürlich nicht in jedem Einzelfall. Aber es gilt im allgemeinen. Deshalb kommt es auch und gerade angesichts des drohenden Verbots darauf an, die soziale Zusammensetzung unserer Partei, insbesondere in den Leitungen, weiter zu verbessern. Das, Genossen, sind die entscheidenden Aufgaben, die wir erfüllen müssen. Dann werden wir dem drohenden Verbot um so besser entgegentreten, unter illegalen Bedingungen um so besser kämpfen können.

Deshalb werden wir jetzt keine Riesenkampagne, wie sie dem KBW vorschwebt, entfalten — gegen die Verbotsdrohung werden wir natürlich kämpfen, und dieser Kampf hat bereits begonnen —, die dazu führt, daß die Partei nur noch gegen das Verbot protestiert. Denn damit würden wir uns von den Massen isolieren. Völlig zu Recht würden die Arbeiter sagen: Protestiert mal, wenn ihr sonst nichts macht, dann interessiert ihr uns nicht. Zu einem solchen falschen Vorgehen werden wir uns auch von keiner Organisation drängen lassen. Wir lassen uns von den Strohfeuern, die jetzt von einigen angezündet werden, nicht beeindrucken. Denn uns geht es nicht um Effekthascherei. Uns geht es um den Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse und aller anderen Werktätigen, uns geht es um den Kampf für die proletarische Revolution. Und von der beharrlichen Fortsetzung unserer Arbeit für dieses große Ziel lassen wir uns von nichts und niemandem abbringen.

Vorwärts mit der KPD/ML!

Vorwärts zur sozialistischen Revolution in Ost- und Westdeutschland!

Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!

Grussadresse der Roten Garde

Freunde, Kollegen, Genossen,

Rotgardistinnen und Rotgardisten

unsere Partei — die KPD/ML — soll verboten werden. Sie soll verboten werden, weil sie als einzige Partei in Deutschland konsequent am Marxismus-Leninismus festhält, weil sie für die gewaltsame proletarische Revolution kämpft, für die Diktatur des Proletariats, den Sozialismus und Kommunismus.

Sie wollen unsere Partei verbieten. Die Partei, die unsere Jugendorganisation aufgebaut hat, die uns tagtäglich in den Kämpfen an den Schulen, Betrieben, Kasernen und Universitäten anleitet und führt. Dieser Schlag, den die Bourgeoisie unserer Partei versetzen will, ist somit ein Schlag gegen uns selbst. Allerdings — Schläge, das haben wir gar nicht gerne, es ist nicht unsere Art, uns schlagen oder gar verprügeln zu lassen. Schlag für Schlag, Hieb für Hieb zahlen wir es dem Schläger heim, das ist unsere Art, das ist unser Prinzip.

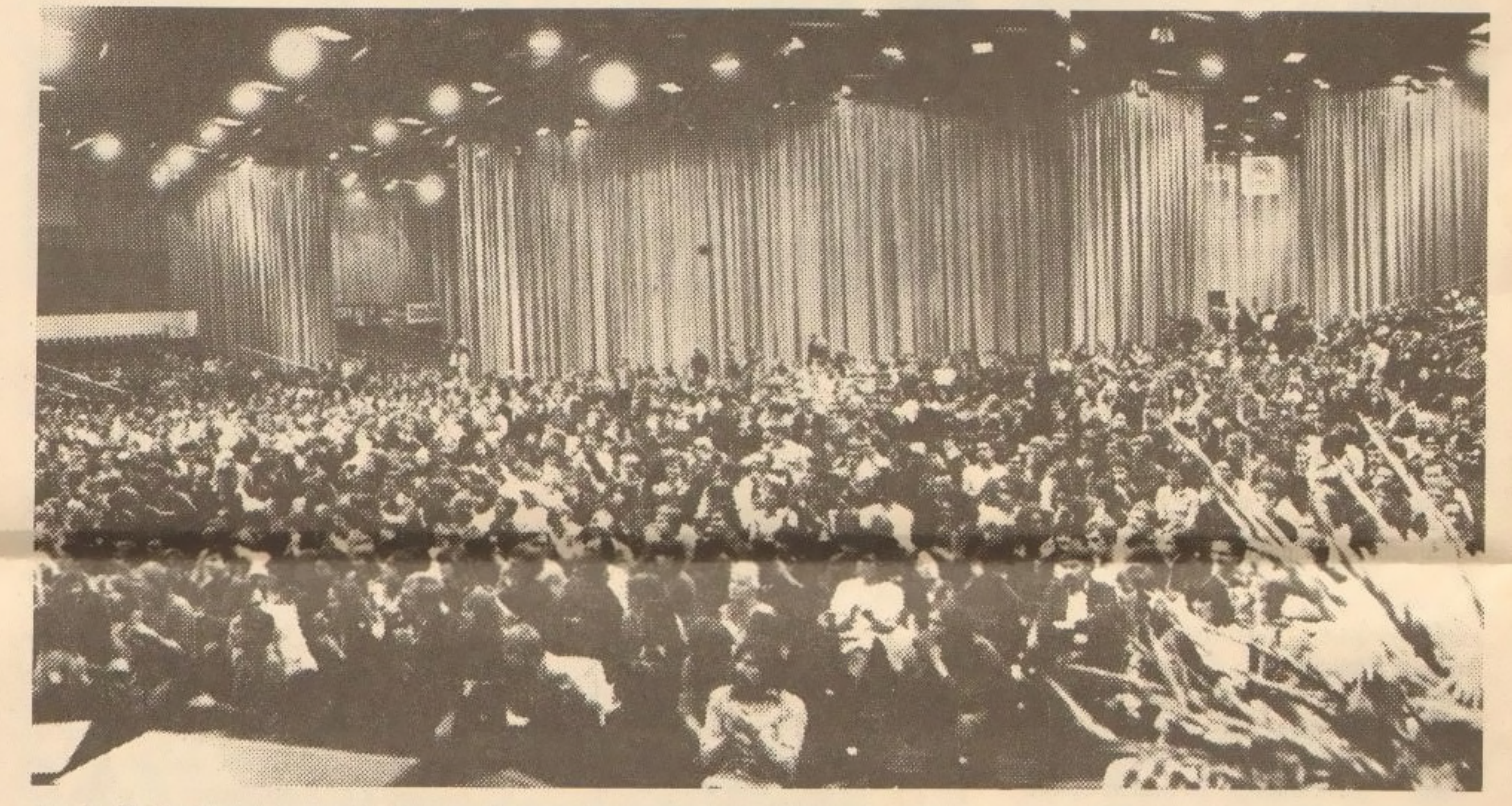
Genossen,

auch wenn heute der Name Rote Garde in den Diskussionen der Bonner Parteien über den Verbotsantrag noch nicht auftaucht, so ist doch klar, daß bei einem Verbot der KPD/ML gerade auch ihre Jugendorganisation, die Rote Garde, verboten wird. Es gibt keinen Grund für die Bourgeoisie, die Rote Garde nicht zu vertrieb fliegen, nur weil sie den Mund aufgemacht haben gegen die unverschämte Ausnutzung und Ausbeutung, wenn der AStA an einer Universität aufgelöst wird, nur weil er revolutionäre politische Stellungnahmen abgegeben hat, und wenn schließlich jetzt die KPD/ML, der KBW und die GRF (KPD) verboten werden sollen — dann ist den meisten klar, das geht nicht gegen eine Handvoll Terroristen, das geht gegen die Arbeiterklasse, gegen die Jugend — das Verbot der Kommunisten ist nur der Auftakt zu noch schärferen Maßnahmen.

Deshalb sagten viele Jugendliche: „Ich bin zwar nicht für die KPD/ML, aber, daß sie euch verbieten wollen, das ist eine Schweinerei. Komm' gib her, ich unterschreib." Und, Genossen, wer heute so denkt, der wird morgen, wenn die Klassenkämpfe sich noch mehr verschärfen und wenn wir alles was in unseren Kräften steht daransetzen, um aus der Roten Garde in diesen Kämpfen eine gute Kampforganisation zu schmieden, der wird dann in unseren Reihen kämpfen, Seite an Seite mit uns für die Revolution.

Freunde und Genossen,

was sagt man zu jemandem, der, solange es ihm selbst nicht an den Kragen geht, stets den Mund groß aufreißt, aber wenn es dann ernst wird, sich in die hinterste Ecke verkriecht und alles vergißt, was er vorher gesagt hat? Das ist ein



Um 21.30 Uhr begann in der Düsseldorfer Phillipshalle die Veranstaltung der KPD/ML. Obwohl es vielen Genossen und Freunden nicht mehr möglich war, die Halle rechtzeitig zu erreichen, versammelten sich dennoch rund 2.000 Menschen.

bieten, aber es gibt für sie genügend Gründe, sie zu verbieten. Denn die Rote Garde, das ist die wichtigste Massenorganisation der Partei, der Arm, der die Partei mit der Jugend verbindet, die Organisation, aus der die Partei ihren Nachwuchs schöpft. Die Ziele der Partei, das sind auch unsere Ziele. Wir kämpfen unter der Führung der KPD/ML an ihrer Seite für die Revolution, für die Diktatur des Proletariats!

1956 — beim Verbot der KPD, da war die FDJ bereits fünf Jahre verboten. Und das war kein Zufall. Die Kapitalisten wissen genau so gut wie wir: Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft.

Die Jugend ist die aktivste und lebendigste Kraft der Gesellschaft. Sie ist am meisten begierig zu lernen, am wenigsten konservativ im Denken. Die Jugend strebt nach Gerechtigkeit, will, daß sich die Welt verändern, sie will etwas Neues. Deshalb ist sie je her die Jugend besonders empfänglich für die Ideen des Kommunismus und schnell bereit, aktiv in unseren Reihen zu kämpfen.

Nehmen wir nur ein Beispiel — die Unterschriftensammlung gegen den Verbotsantrag, die in der letzten Woche von uns durchgeführt wurde. Wo habt ihr am meisten Unterschriften bekommen? — Unter der Jugend. Denn die Lehrlinge, Schüler, Soldaten und Studenten spüren es selbst: Bonn nimmt Kurs auf den Faschismus. Auch wenn sie es vielleicht noch nicht so klar als Faschisierung sehen, so ist ihnen doch eins klar: Wenn schwerbewaffnete Polizisten, mit der Maschinenpistole im Anschlag, jeden Autofahrer kontrollieren, wenn von Zigtausenden die Personalien registriert werden, nur weil sie gegen ein Kernkraftwerk demonstrieren wollen, wenn unsere besten Lehrer an den Schulen, die Kommunisten, Berufsverbot bekommen, wenn Schülerzeitungen zensiert werden, nur weil dort Angriffe auf diesen bürgerlichen Staat drinstehen, wenn Lehrlinge aus dem Betrieb fliegen ...

Waschlappen. Das aber ist nicht unsere Art. Wir Rotgardisten sind Kämpfer. Die Rote Garde kämpft heute unter legalen Bedingungen an der Seite der Partei für die Revolution, und sie wird es auch morgen unter illegalen Bedingungen tun!

Wenn heute einige bürgerliche Politiker bös' ins Schwitzen kommen und befürchten, daß die KPD/ML auch nach dem Verbot weiterkämpfen wird, daß ihre Aktivitäten für die Bourgeoisie dann noch unkontrollierbarer sind, so wollen wir diesen Herren etwas auf die Sprünge verhelfen. **Jawohl, ihr habt Recht! Wir werden weiterkämpfen, und wir werden für euch noch unkontrollierbarer werden. Das versprechen wir euch, das könnt ihr von uns schriftlich haben. Genauso wie wir euch versprechen, daß wir um jeden Zentimeter Legalität kämpfen werden. Ihr könnt uns nicht aufhalten! Schließlich kämpft unsere Partei im anderen Teil Deutschlands, die KPD/ML Sektion DDR, seit ihrer Gründung vor 1 1/2 Jahren in tiefer Illegalität. Schließlich war auch die Partei Lenins und Stalins verboten und hat trotz Verbot den Zarismus gestürzt und das erste sozialistische Land der Welt errichtet. Der Kommunismus läßt sich nicht verbieten — nirgendwo auf der Welt und auch nicht bei uns!**

Genossen,

ich möchte an dieser Stelle kurz auf den Kampf des KJVD eingehen, der Jugendorganisation der KPD Ernst Thälmanns, die ebenfalls 1933 verboten wurde. Der KJVD war damals die einzige Jugendorganisation in Deutschland, die trotz des wütenden Terrors des Hitlerfaschismus nicht zerschlagen wurde. In tiefster Illegalität erschien nach wie vor „Die junge Garde", das Zentralorgan des KJVD. Rund 100 Zellen des KJVD in den Großbetrieben gaben weiterhin Flugblätter und Betriebszeitungen heraus. Sie wurden illegal im Betrieb verteilt: auf den Toiletten ausgelegt, in den Spind im Umkleideraum geschoben, in die Werkzeugkiste am Arbeitsplatz — ihr kennt ja die Tricks, ihr wißt ja selbst am besten, wie man illegal Flugblätter verteilt, da erzähl ich euch wirklich nichts Neues. Die fortschrittlichen Kollegen, diejenigen, von denen man wußte, auf die kannst du dich verlassen, das sind ganze Kerle, die wurden vom KJVD in illegalen Gruppen zusammengefaßt, die sich z. B. als Gesangsverein oder Skatclub tarnten. Oder man traf sich auf belebten Plätzen, im Fußballstadion, auf Kulturveranstaltungen usw.

Das wichtigste aber war, daß man durch die Aktion der Jugend Mut gibt, daß man ihnen die Schwäche der Faschisten und unsere Stärke vor Augen führt, daß man sie zum Kampf ermuntert und mobilisiert.

Ein Beispiel dafür ist der 1. Mai 1933. Der KJVD in Essen bereitete diesen 1. Mai auf einer Karnevalsveranstaltung vor, an der alle Genossen, Sympathisanten und Freunde teilnahmen. Es wurde beschlossen, sich am 1. Mai morgens zu einer Wanderung ins Grüne zu treffen. In kleineren Gruppen, nicht mehr als 40 Mann, zogen sie dann fröhlich ein Wanderlied auf den Lippen hinaus in die Wälder bei Essen. Gegen Mittag stießen die ersten Gruppen im Wald aufeinander, bald waren es 200, 300 Mann. Jetzt war es nicht mehr weit bis zur Arbeitersiedlung Kaulbachhöhe, und aus den Wanderliedern waren inzwischen Kampflieder geworden. „Wir sind die junge Garde des Proletariats..." erschallte es schließlich, als sie die Siedlung erreichten. Nun wurden Flugblätter verteilt, eine Kundgebung durchgeführt und immer wieder Parolen gerufen: Wir lassen uns nicht verbieten! Trotz Terror und Verbot, wir kämpfen weiter, Essen bleibt rot! Weg mit dem KPD-Verbot! Und ehe SA und Polizei überhaupt darüber informiert waren, waren alle wieder verschwunden. Ein Erfolg für den KJVD! Das Demonstrationsverbot der Faschisten war durchbrochen!

Nun, wir haben heute noch keinen Faschismus, und wir werden alles dran setzen, um einem neuen '33 durch die proletarische Revolution zuvorzukommen. Aber eins können wir aus diesem Beispiel lernen. **Es ist auch heute unsere Aufgabe, Kämpfe und Aktionen zu organisieren, die der Jugend die Schwäche des Imperialismus und unsere Stärke vor Augen führen, die ihnen Mut machen und ihnen zeigen, daß man diesen Staat stürzen kann. Geben wir der Bourgeoisie auf den Verbotsantrag eine klare Antwort! Verstärken wir unsere Aktivitäten, aus der Roten Garde eine echte revolutionäre Jugendmassenorganisation zu machen. Eine Organisation, die ein starker Arm der Partei in den Reihen der Jugend ist und eine mächtige Kraftreserve. Schützen wir unsere Partei vor den Schlägen der Bourgeoisie, damit sie stets unsere klare marxistisch-leninistische Führung im Kampf sein wird.**

Schreiten wir voran zum Jugendkongreß der Roten Garde, der in naher Zukunft stattfinden wird! Machen wir diesen Kongreß zu einer revolutionären Manifestation unseres Kampfes, zu einem Meilenstein in der Entwicklung unserer Organisation!

Weg mit dem Verbotsantrag!

Vorwärts mit der KPD/ML!

Vorwärts mit der Roten Garde!

Solidaritätsadressen und -telegramme gegen den Verbotsantrag

GRUSSADRESSE DER RHD AN DIE VERANSTALTUNG DER KPD/ML

Die Rote Hilfe Deutschlands grüßt die heutige Veranstaltung der KPD/ML gegen den Verbotsantrag, und wir versichern euch, daß wir im Kampf gegen das drohende Verbot fest an Eurer Seite stehen.

Dieser Verbotsantrag richtet sich gegen die selbständige Organisierung der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten. Er richtet sich gegen jeden klassenkämpferischen Arbeiter und Werktätigen, der zum konsequenten revolutionären Kampf für seine Interessen aufruft und eintritt. Er ist eine Herausforderung für die Arbeiterklasse und jeden Antifaschisten.

Dieser Verbotsantrag betrifft die Rote Hilfe Deutschlands genauso, da sie ihre Aufgabe, als Solidaritätsorganisation der Kämpfenden durch die proletarische Massensolidarität den Rücken zu stärken, wahrnimmt. Und genau das will ja der Klassenfeind nicht.

Der Versuch des Klassenfeindes, die Kommunistische Partei auszuschalten, ist nicht neu.

Mit dem KPD-Verbot von 1956 haben sie ihre grundsätzliche Haltung klargemacht. Sie konnten dieses Verbot aber nicht auf die 1968 gegründete KPD/ML anwenden, denn ihr Ziehkind, die DKP, wollten sie ja ungeschoren lassen.

So versuchten sie es zunächst mit dem § 129, die KPD/ML als „kriminelle" Vereinigung zu verbieten. Das gelang ihnen aber nicht, weil der Kampf der Partei ihnen dieses unmöglich machte. Dann haben sie versucht und versuchen es noch in Tausenden Prozessen, die kommunistische und revolutionäre Agitation und Propaganda zu unterdrücken. Die Kommunisten finanziell zu ruinieren und die Redakteure ins Gefängnis zu werfen. Allerdings konnten sie auch dadurch die Kommunisten nicht mundtot machen. Das mißlang ihnen nicht zuletzt dadurch, daß viele Werktätige sich gegen diese Unterdrückung der Wahrheit wandten und moralische und finanzielle Hilfe leisteten. So konnte zum Beispiel die Rote Hilfe Deutschlands vielen Genossen finanzielle Hilfe gewähren, da sie durch die hohen Prozeßkosten finanziell stark belastet waren.

Wir sind sicher, daß diese Solidarität bei einem Verbot noch stärker sichtbar werden wird. Die Werktätigen wissen, daß das Verbot der Kommunistischen Partei nur der Vorbote des Verbots jeder selbständigen Organisierung der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten ist, der Beginn der völligen Gleichschaltung unter dem Kommando des Kapitals.

Das kann man ja heute schon sehen, die Hetze gegen alle, die der Terroristenhetze nicht mitmachen, hat schon ungeheure Ausmaße angenommen, die bürgerlichen Medien sind praktisch gleichgeschaltet. Nicht ein Wort wurde laut, als letzte Woche das Blitzgesetz durch den Bundestag gepeitscht wurde, mit dem seither 90 politische Gefangene in Westdeutschland und Westberlin von der Außenwelt total abgeschnitten werden.

Die Werktätigen erleben tagtäglich am eigenen Leib den zunehmenden Polizeiterror. Todesschüsse sind an der Tagesordnung, Bürgerkriegsmanöver großen Stils wie bei der Demonstration von Kalkar treffen jeden, der zufällig in dieselbe Gegend fährt. Und das Programm für die sogenannte Innere Sicherheit wird mit der Verschlechterung der Lebenslage der Werktätigen bezahlt.

Es ist kein Wunder, daß der Verbotsantrag gerade jetzt kommt, angesichts der sich immer weiter verschärfenden Wirtschaftskrise, angesichts des Millionenheeres von Arbeitslosen, angesichts der wachsenden Radikalisierung in den Reihen der Arbeiterklasse, denn sie wissen, daß der Widerstand der Werktätigen ständig zunimmt.

Wir müssen diese Drohung ernst nehmen und den Schlag beantworten. Je besser es gelingt, die Kommunisten mit der Solidarität und der Sympathie der Massen zu verbinden, desto mehr wird der Klassenfeind ins Leere stoßen.

Hier ist die Aufgabe der Roten Hilfe Deutschlands. Wir müssen tiefer in die Massen gehen, mehr Menschen in der Roten Hilfe Deutschlands organisieren und zur Mithilfe bewegen. Wir müssen uns darum kümmern, alle die, die gegen das Verbot sind, und das sind viele, zu bewegen mitzuarbeiten. Wir müssen unsere Geldsammlungen verstärken, denn der Kampf gegen das Verbot kostet Geld, aber auch die Prozesse gegen Kommunisten und Revolutionäre werden noch mehr zunehmen und die Strafen werden sich verschärfen. Hier ist auch eine wichtige Aufgabe für die Rechtshilfe.

Freunde und Genossen, eine gestärkte Rote Hilfe, die viele Menschen organisiert hat und die ihre Solidaritätsaufgaben zuverlässig erfüllt, ist eine wichtige Waffe im Kampf gegen das Verbot.

Weg mit dem Verbotsantrag!

Der Kommunismus läßt sich nicht verbieten!

Stärkt die Solidaritätsfront im Kampf gegen das Verbot!

Rot Front
Zentrale Leitung der
Roten Hilfe Deutschlands

SOLIDARITÄTSADRESSEN UND -TELEGRAMME

Die Kommunistische Partei Ceylons solidarisiert sich mit Eurem Kampf gegen den Versuch der deutschen Kapitalistenklasse, Eure Partei zu verbieten. Wir wünschen der Demonstration und der Kundgebung viel Erfolg.

N. Sanmugathasan,
Generalsekretär

* * *

„Proletariake Semaie" unterstützt herzlich Euren Kampf und verurteilt entschlossen die volksfeindlichen Maßnahmen, die gegen Eure Bruderpartei getroffen werden.

Kommunistische Partei Griechenlands/
Marxisten-Leninisten

* * *

Der Kommunistische Einheitsbund (Marxisten-Leninisten) sendet der Partei, den Teilnehmern der Kundgebung am 8. November und allen revolutionären und fortschrittlichen Menschen in Deutschland revolutionäre Grüße.

Wir verurteilen entschieden jeden Schritt der deutschen Behörden, die Arbeit der kommunistischen oder fortschrittlicher Parteien und Organisationen zu behindern oder zu verbieten.

Die isländischen Kommunisten verlassen sich fest auf ihre Genossen in beiden Staaten Deutschlands und auf die revolutionären Massen.

Lang lebe der Marxismus-Leninismus/Maotsetungideen!

Lang lebe der proletarische Internationalismus!

Rotfront!

Politbüro des Zentralkomitees
des Kommunistischen Einheitsbundes
(Marxisten-Leninisten),
EIK/ML, Island

* * *

Liebe Genossen,

unsere Partei hat erfahren, daß die westdeutsche Bourgeoisie plant, die KPD/ML zu verbieten. Unsere Partei verurteilt diesen neuen Angriff durch die westdeutsche Bourgeoisie mit großer Empörung und unterstützt Euch, unsere Kampfgefährten, gleichzeitig entschlossen und sendet Euch die wärmsten brüderlichen Grüße.

Die KPD/ML ist die mutigste Kraft im Kampf gegen den Feind, ist die einzige fortschrittliche Kraft, die in der Lage ist, die deutsche Revolution zum Sieg zu führen. Gleichzeitig erfüllt die KPD/ML auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus ihre Aufgabe bei der Weltrevolution und in der internationalen kommunistischen Bewegung. Der Angriff der westdeutschen Bourgeoisie, der darauf abzielt, die KPD/ML zu illegalisieren, richtet sich nicht nur gegen die KPD/ML und das revolutionäre deutsche Volk, sondern auch gegen die marxistisch-leninistischen Parteien und revolutionären Völker der ganzen Welt. Es ist die heilige Pflicht unserer Partei, diesen Angriff bekanntzumachen und zu verurteilen.

Auch in Japan verüben unsere Feinde Provokationen und unterminierende Aktivitäten gegen den Kampf unserer Partei und des revolutionären Volkes und verstärken ihre faschistische Unterdrückung. Unsere Partei bekämpft diese feindlichen Angriffe und wird sie immer bekämpfen. Wir betrachten dies als einen Teil des gemeinsamen Kampfes der marxistisch-leninistischen Parteien und sind überzeugt, daß die KPD/ML, die Vorhut des deutschen Volkes, ungeachtet aller Schwierigkeiten unbeirrt vorwärtsschreiten wird zum Sieg der deutschen Revolution. Mit den wärmsten brüderlichen und kämpferischen Grüßen,

Zentralkomitee der Kommunistischen
Partei Japans (Linke), Volksstern

„Im Namen der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten überbringe ich Euch unsere revolutionären Kampfesgrüße.

Wir sind gekommen, um unsere revolutionäre Kampfverbundenheit mit der deutschen Arbeiterklasse auszudrücken und stehen an Eurer Seite, um zu zeigen, daß es ein unnützes Unterfangen der Bourgeoisie ist, das Organisationsrecht der Arbeiterklasse ‚verbieten' zu wollen. Wann hat sich je die Arbeiterklasse Illusionen darüber gemacht, daß die Bourgeoisie ihre Organisationen und ihren revolutionären Kampf ‚erlauben' würde? Die Revolution ist das ‚Illegalste', was es gibt, wenn wir vom Standpunkt der Bourgeoisie ausgehen, die sich mit ihrer Legalität das Recht sichert, die Arbeiterklasse und die Werktätigen immer brutaler auszubeuten und zu unterdrücken. Wenn das Proletariat sich wehrt und den Klassenkampf entfacht, um eine eigene,gerechtere Gesellschaft zu erkämpfen, in der die Ausgebeuteten über die Ausbeuter triumphiert haben, so ist das für die Bourgeoisie natürlich unverschämt und illegal.

Das Proletariat zögert nicht, im Kampf für seine Ziele auch alle legalen Möglichkeiten auszunutzen. Aber wenn es sich aktiv und konsequent in den Klassenkampf wirft, sobald es die Bourgeoisie bedrängt, wird seine Partei illegalisiert."

Nachdem in der Solidaritätsadresse auf den Kampf der KP Spaniens/ML gegen die Monarchie eingegangen wird, heißt es weiter:

„Genossen,

der Angriff, den heute die westdeutsche Monopolbourgeoisie gegen die Organisation der Arbeiterklasse führt, ist kein Zufall. Er ist einzureihen in den Faschisierungsprozeß, der in diesem Land schon lange stattfindet. Es ist nicht zufällig, daß die Bourgeoisie dabei auf die Kommunisten und nicht auf die Revisionisten zielt.

Für all diejenigen Leute, die in der Bourgeoisie einen Bündnispartner gegen die Revisionisten und Sozialimperialisten gefunden zu haben glauben, muß das eine erschütternde Feststellung sein.

Die Bourgeoisie selbst ist da klüger: Sie traut dem Proletariat und seiner Organisation nicht. Sie verbietet sie.

Für uns spanische Kommunisten in Westdeutschland ist die westdeutsche Monopolbourgeoisie ein Feind, gegen den wir gemeinsam mit der deutschen Arbeiterklasse kämpfen. Der westdeutsche Imperialismus beutet die spanische Arbeiterklasse in Spanien auch hier, in diesem Land, aus. Kämpfen wir gemeinsam für den Sturz der Oligarchie und des Imperialismus in Spanien und den Sturz der Bourgeoisie in ganz Deutschland!

Der Marxismus-Leninismus läßt sich nicht verbieten!

Es lebe der proletarische Internationalismus!

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!"

Westdeutsches Komitee der
KP Spaniens/ML

* * *

In der Solidaritätsadresse der Revolutionären Marxistischen Partei des Kongo-Kinshasa heißt es unter anderem:

„Liebe Genossen,

voller Teilnahme hat das ZK unserer Partei, der PRMC, den unverschämten Angriff gegen die Existenz Eurer Partei, der KPD/ML, unserer Bruderpartei, aufgenommen...

Unsere Partei, die Revolutionäre Marxistische Partei des Kongo-Kinshasa, steht solidarisch an der Seite der KPD/ML, ihrer Leitung, ihrer Mitglieder und — nicht zu vergessen — ihrer Sympathisanten und verurteilt zutiefst diese Angriffe der deutschen Reaktion gegen eine Bruderpartei.

... Die Angriffe des Feindes unter den derzeitigen Umständen und gegen Eure Partei müssen Euch Beweis dafür sein, daß Ihr in hervorragender Weise die Scheidelinie zwischen Euch und dem Feind gezogen habt...

Wir hoffen, daß unsere Freundschaft, die im Kampf geboren wurde und durch die Bande des proletarischen Internationalismus fest zusammengeschlossen ist, sehr lange dauern wird."

Kabassu-Balenga
2. Sekretär des Zentralkomitees

* * *

Wir unterstützen entschieden Euren Widerstand gegen die Unterdrückung. Brüderliche Grüße für eine erfolgreiche Demonstration.

Reg Birch
Vorsitzender der KP Britanniens/ML

Die Revolutionäre Antifaschistische Patriotische Front Spaniens (FRAP) verurteilt aufs schärfste die Verbotsanträge gegen KPD/ML, KPD und KBW.

Hoch die internationale Solidarität!

Westberliner Komitee der FRAP

* * *

In der Solidaritätsadresse der Conföderation Iranischer Studenten (Nationale Union) heißt es unter anderem:

„Gegenwärtig erleben wir in der Bundesrepublik das immer offener werdende provokatorische Auftreten der Neofaschisten. Die wilde Hetzkampagne gegen die ‚Terroristen' dient der Durchsetzung der sogenannten ‚Anti-Terrorismus-Gesetze', die in Wirklichkeit ein Angriff auf alle Bürger sind...

Da die CISNU eine demokratische, antiimperialistische und antifaschistische Organisation ist, verurteilt sie schärfstens den Verbotsantrag der CDU, der einen Angriff auf die Organisationsfreiheit der Werktätigen darstellt. Die CISNU solidarisiert sich mit den vom Verbot betroffenen Parteien und unterstützt deren Aktivitäten gegen den Verbotsantrag."

* * *

Solidaritätsadressen an die Kundgebung haben außerdem die Türkische Studentenverein (ATÖF), der Türkische Arbeiterverein (ATIF) und die Generalunion Afghanischer Studenten im Ausland geschickt.

SOLIDARITÄTS- UND PROTESTRESOLUTIONEN

Folgende Solidaritäts- und Protestresolutionen wurden an die Kundgebung in Bonn bzw. an unsere Partei geschickt:

Rote Hilfe Deutschlands; Betriebsräte der Liste Alternative bei AEG Westberlin; Aufruf der Liste zur Personalratswahl am Klinikum Steglitz — Westberlin; Initiativantrag an die Mitglieder- und Delegiertenversammlung der IG Druck & Papier, Stuttgart; Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe Hamburg; Delegiertenkonferenz der Bremer Initiativen gegen Atomenergieanlagen; Bürgerinitiative Umweltschutz Paderborn; Regionaltreffen der Bürgerinitiativen des Rhein-Main-Neckarraums; AKW-Gruppe Aachen; AKW-Gruppe Köln; „Radioaktiv" Mainz; Palästinakomitees Bonn, Gießen, Siegen, Tübingen; Forum entwicklungspolitischer Gruppen Westberlin und Köln; Liga gegen den Imperialismus, Zentralvorstand und Landesverbände Westberlin und Hamburg; Initiative gegen das „einheitliche Polizeigesetz"; Ingeborg Drewitz; Strafverteidiger Wächtler, Bendler und Gaugel; R. Uthoff, Leiter des Münchener Rationaltheaters; Veranstaltung einer Lehrerreisegruppe nach Albanien; 13 Kollegen der Freien Universität (FU) Westberlin; Selbstverwaltung des Amilcar Cabral Hauses, Westberlin; Fachschaftsrat Chemie an der Technischen Universität (TU) Westberlin; Versammlung am Psychologischen Institut der FU Westberlin; „Informathing", Studenten am Fachbereich 20 der TU Westberlin; Wahlfachaktiv Deutsch an der Pädagogischen Hochschule Westberlin; Solidaritätskomitee Germanistik der FU Westberlin; Simbabwe Aktionseinheit an der Pädagogischen Hochschule Westberlin; Betriebsgruppe der Carl-Zeiss-Oberschule der GEW, Westberlin; 15 Schüler des Reuchlinggymnasiums, Pforzheim; Zentraler Fachschaftsrat der Universität Mainz; Fachschaft Sozialwesen der Fachhochschule Köln; 31 Kollegen der Buchhandlung Kiepert, Westberlin; Zehlendorfer Initiative gegen Atomanlagen (ZIGA); Schulsprecher und stellvertretender Schulsprecher der Gutenbergberufsschule für das graphische Gewerbe, Westberlin; KAB (Revolutionärer Weg), RJ und KSG Frankfurt; Rote Hilfe e. V.; 22 französische Schriftsteller, Professoren, Rechtsanwälte u. a.; Juristen von „Folket i Bild"; ESG Hamburg; E. Fried; Landesastenkonferenz Hessen; 40 Rechtsanwälte; 7 Buchhändlerlehrlinge zweier Berufsschulklassen in Heidelberg; Projektgruppe FHW Pforzheim; Komitee Südliches Afrika, Kiel; Bürgerinitiative gegen Atomenergie Osnabrück; 59 Gewerkschaftskollegen der Fachgruppe Architektur- und Ingenieurbüros in der IG Bau, Steine, Erden; eine Klasse von Schiffbauerlehrlingen und ihr Lehrer an einer Bremer Berufsschule und weitere.

Im ganzen Bundesgebiet und in Westberlin wurden von den Genossen unserer Partei zahlreiche Unterschriften gegen die Verbotsanträge gesammelt. Die genaue Zahl der gesammelten Unterschriften stand bei Redaktionsschluß noch nicht fest. Wie groß die Empörung unter den Werktätigen über die Verbotsanträge ist, zeigt aber u. a. das Beispiel Duisburg, wo es den Genossen innerhalb einer Woche gelang, fast 200 Unterschriften zu sammeln. An der Sammlung von Unterschriften beteiligten sich nicht nur Genossen der Partei, sondern auch andere Menschen, die auf diese Weise den Kampf gegen die Verbotsanträge unterstützen.

RESOLUTION

Wir, die Teilnehmer der Kundgebung „Weg mit den Verbotsanträgen gegen KBW, KPD und KPD/ML", haben uns im Kampf gegen die Verbotsdrohungen gegen diese drei und andere revolutionäre Organisationen zusammengeschlossen. Der Beschluß des CDU-Bundesvorstands, über den Bundesrat Verbotsanträge gegen KBW, KPD und KPD/ML an das Bundesverfassungsgericht zu richten, ist ein Angriff auf den Marxismus-Leninismus und die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse. Dieser Vorstoß der Reaktion muß zurückgeschlagen werden.

Organisationsfreiheit, das ist eines der Rechte, das die Arbeiterklasse im Kampf für ihre elementaren Interessen gegen die Ausbeutung und Unterdrückung, wie im Kampf für ihre historische Aufgabe, sich und die Menschheit von jeder Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien, unbedingt verfechten muß. Organisation, darin besteht die Stärke und Kraft der Arbeiterklasse.

Zusammen mit den Kommunisten trifft der Angriff der Bourgeoisie alle fortschrittlichen, demokratischen und antifaschistischen Kräfte, alle, die die gerechten Forderungen der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes unterstützen und dafür im Kampf stehen.

Wird der Arbeiter unterdrückt, dann wird der Bauer unterdrückt, dann werden die Volksmassen insgesamt unterdrückt. Es ist im Interesse der Volksmassen insgesamt, den Kampf für die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse zu führen. Werden die Organisationen der Kommunisten verboten, dann ist die Arbeit jeder Gewerkschaftsgruppe, in der Arbeiterinteressen vertreten werden, bedroht. Die Arbeit jedes demokratischen Komitees ist bedroht.

Die Bourgeoisie behauptet, es gäbe keine Klassen mehr. Ihre Angriffe auf die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse dienten aber stets, und dienen auch heute der Verschärfung der Ausbeutung und Unterdrückung der werktätigen Massen. Sie sind Ausdruck der Unversöhnlichkeit des Klassengegensatzes.

Diese Kundgebung, zu der KBW, KPD und KPD/ML die Initiative ergriffen haben, ist der Auftakt im Kampf gegen diesen Angriff auf die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse. Wir fordern alle revolutionären und demokratischen Organisationen, alle Kommunisten, Sozialisten, Demokraten und Antifaschisten auf, alles zu tun, um eine breite Aktionseinheit im Kampf für die Organisationsfreiheit und die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes zustandezubringen. Als nächster Schritt müssen dabei die Verbotsanträge gegen KBW, KPD und KPD/ML sowie alle Verbotsdrohungen der Bourgeoisie gegen Organisationen zurückgeschlagen werden, in denen sich Arbeiter und fortschrittliche Menschen zusammengeschlossen haben, um für ihre Interessen zu kämpfen.

Wir begrüßen es, daß KBW, KPD und KPD/ML zu einem Treffen noch im Oktober einladen, auf dem weitere Schritte beraten und beschlossen werden sollen, um diesen Kampf auf einer breiten Basis gemeinsam zu führen. Wir fordern alle fortschrittlichen, demokratischen, antifaschistischen und kommunistischen Organisationen und Kräfte auf, an diesem Treffen teilzunehmen, um über die Aktionseinheit im Kampf für die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse und für die demokratischen Rechte des Volkes zu beraten und weitere Schritte zu beschließen.

Das unterstützen wir.

Weg mit den Verbotsanträgen gegen KBW, KPD und KPD/ML!

Weg mit dem KPD-Verbot!

Aktionseinheit im Kampf für die Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse und die demokratischen Rechte des Volkes!

Ostberlin

Strassenkämpfe auf dem Alexander-Platz

Ostberlin am letzten Freitag. Es ist der Tag, an dem vor 28 Jahren der erste sozialistische Staat auf deutschem Boden gegründet wurde. Damals die Hoffnung der Werktätigen in ganz Deutschland. Heute unter der Knute der neuen Bourgeoisie und ihrer Moskauer Oberherren ein faschistisches Gefängnis für die Werktätigen. An diesem Freitag nahmen die Pankower Bonzen und die russischen Generäle eine Militärparade ab. Kilometerlang marschierten Soldaten aller Truppenteile, zogen Panzer, Raketenwerfer usw. über den Marx-Engels-Platz.

Einige hundert Meter weiter, am Alexanderplatz: Hier sind Festzelte aufgebaut, Würstchenbuden, Bühnen für Rockgruppen und Schlagersänger. Nach dem Willen der SED-Bonzen soll dieser „Nationalfeiertag" ein doppeltes Gesicht haben. Auf der einen Seite das Vorführen des Militärapparats, um den Werktätigen die Waffen der Unterdrücker zu demonstrieren. Auf der anderen Seite, wie es in der „BZ am Abend" hieß, ein großes „Fest der Lebensfreude". Aber die Volksfeststimmung, die sie verbreiten möchten, will nicht so recht aufkommen.

Schon am Nachmittag kommt es zu Wortgefechten, Rempeleien zwischen Jugendlichen und Angehörigen der Vopo, den verhaßten Bütteln des Regimes. Die Atmosphäre ist spannungsgeladen. Immer häufiger werden die Zusammenstöße. Als russische Besatzeroffiziere über den Platz gehen, schallen ihnen Rufe entgegen: „Russen raus!" Die Vopos greifen ein, gehen gegen die Jugendlichen vor. Aber viele Festbesucher solidarisieren sich mit ihnen. Steine fliegen gegen die Polizisten, Scheiben gehen zu Bruch.

Jetzt kommen die Vopos aus allen Seitenstraßen. Mit gepanzerten Wasserwerfern fahren sie in die Menge. Um 21 Uhr schließlich stehen sich über tausend Jugendliche und mehrere Hundertschaften der Vopo gegenüber. Mit den Wasserwerfern, mit Schlagstöcken und Tränengas gehen die Vopos gegen die Demonstranten vor. Es kommt zu heftigen Auseinandersetzungen. Es gibt Verletzte. Und wie Augenzeugen berichteten, werden etwa hundert Jugendliche abgeführt.

Am nächsten Tag: in den DDR-Zeitungen kein Wort über die Zusammenstöße am Alexanderplatz. Erst später wird eine offizielle Version verbreitet, in der von „Rowdys" die Rede ist, die Zwischenfälle provoziert hätten. Rowdys, das kennen wir doch schon. Wurden nicht so auch die polnischen Arbeiter beschimpft, wann immer sie sich zum Kampf für höhere Löhne, gegen die Teuerung, gegen Ausbeutung und Unterdrükkung durch das Gierek-Regime erhoben hatten?

Die SED-Bonzen werden jetzt in ihrer Hetze gegen die Jugendlichen vom Alexanderplatz viel Geschrei darum machen, daß einige dieser Jugendlichen angetrunken waren, werden die eingeschlagenen Scheiben des Fernsehturms bejammern usw. Sie wollen mit aller Macht den Klassencharakter der Kämpfe auf dem Alexanderplatz vertuschen. Deshalb ihr Gezeter über „Rowdys". Aber warum haben sich denn die Jugendlichen gegen die Vopos gestellt, warum haben sie „Russen raus" gerufen? Aus Freude am Krawall? Nein, was hier zum Ausdruck kam, war der tiefe Haß der Werktätigen der DDR gegen die russischen Besatzer, der tiefe Haß gegen das Unterdrücker-Regime und seine Staatsorgane. Sicher, es war ein spontaner Protest, der hier plötzlich aufflammte. Aber er zeigte deutlich, daß es drüben nicht die Volksgemeinschaft zwischen dem Regime und den Werktätigen gibt, wie es die Honecker und Co. so gerne haben möchten, daß es nicht die Friedhofsruhe in der DDR gibt, wie im Westen immer behauptet wird.

Der Widerstand gegen Ausbeutung und Unterdrückung wächst an. Und es wächst auch die Kraft, die diesen Widerstand organisiert, ihm eine klare revolutionäre Perspektive gibt, die beharrlich unter den Bedingungen der Illegalität die Werktätigen zum Sturz der sozialfaschistischen Diktatur zusammenschließt: die KPD/ML, Sektion DDR.

BERGARBEITERSTREIK IN RUMÄNIEN

Wie jetzt bekannt wurde, besetzten Anfang August die Kumpel im Jiuliu-Tal zwei Tage lang die Bergwerke, um gegen die niedrigen Löhne, die schlechte Lebensmittelversorgung und gegen ein neues Rentengesetz zu protestieren. Ein hoher Parteibonze aus Bukarest, der mit den Streikenden verhandeln wollte, wurde von ihnen in einem Schacht so lange festgehalten, bis sich der Chef der revisionistischen Partei Ceausescu dazu bequemte, seinen Urlaub abzubrechen und in das Jiuliu-Tal zu kommen. Ceausescu versuchte, gegenüber den Arbeitern untergeordnete Bürokraten für die Lage verantwortlich zu machen. Tatsächlich aber ist die zunehmende Verelendung der rumänischen Arbeiter das Ergebnis der Wiederherstellung des Kapitalismus in diesem ehemals sozialistischen Land.

Weg mit den Verbotsanträgen!



Immer wieder wird die Rede von Genossen Gernot Schubert durch Beifall unterbrochen.



Die Fahne der KPD/ML über dem Rathausplatz



Auf dem Rathausplatz



Der Demonstrationszug in den Straßen von Bonn



Der Marxismus-Leninismus läßt sich nicht verbieten!

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der SVR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen", Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/ 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 9-12 und 14-18 Uhr, Sa. 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2000 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040 / 4 39 91 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, 3000 Hannover, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, 6700 Ludwigshafen (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621/69 71 09. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa. 10.30-13.00 Uhr.

LV Baden-Württemberg, 7000 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, 8000 München 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089 / 53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030 / 4 65 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

5100 Aachen, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 10.30-14.00 Uhr.

4800 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-12 Uhr, Tel.: 0521 / 17 74 04.

4630 Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13, Mi 17-19 Uhr.

2800 Bremen (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 39 38 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

4100 Duisburg 1 (Hochfeld), Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr. Tel.: 0203 / 6 47 96.

4300 Essen-Altendorf, Buchladen „Roter Morgen", Helenenstr. 35. Öffnungszeiten: Mi. u. Do. 16-18 Uhr. Tel.: 0201 / 62 42 99.

6000 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611 / 43 75 95. Öffnungszeiten: Di-Fr 16.30-18.30 Sa 10-14 Uhr.

2300 Kiel 1, Buchhandlung „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 56 77 02. Öffnungszeiten: Mo, Di, Mi, Do 9-13 und 15-18, Fr 9-13 und 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

5000 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 85 41 24. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

2400 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451 / 7 69 39. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 6 52 05. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.